

Königsteiner Offizierbriefe

23 ■ APRIL 1967

● **Königsteiner Offizierbriefe**

April 1967
Heft 23

3	Grußwort	<i>Dr. Franz Hengsbach</i> <i>Kath. Militärbischof</i>
4	Königstein 1967	
	Königstein unser Tagungsort	<i>H. F.</i>
6	Haus der Begegnung unsere Tagungsstätte Zwanzig Jahre Königsteiner Arbeit	<i>Dr. Adolf Kindermann</i> <i>Weihbischof</i>
11	Vorbereitung für die achte Woche der Besinnung	
14	Gute Gründe für eine Verteidigung mit der Waffe	<i>Helmut Fettweis</i> <i>Major</i>
19	„Feindliches Ausland“	<i>Gerd Folkert</i>
21	Kardinal Spellman und der Friede	<i>Walter Kampe</i> <i>Weihbischof</i>
24	Frieden und moderner Krieg	<i>Dr. Franz Böckle</i> <i>Professor für Moraltheologie</i>
	Spiegel des kirchlichen Lebens	
29	Sinn und Aufgabe einer studentischen Verbindung heute	<i>Norbert Rohm, cand. med.</i>
36	Misereor – Adveniat	
39	Ehe und Familie	
44	Laienarbeit	
48	Dankbriefe	
50	Bücher	



Grußwort unseres Militärbischofs zur 8. Königsteiner „Woche der Besinnung“ vom 24. — 28. April 1967

„Der Soldat als Diener der Sicherheit
und Freiheit der Völker
— Unser Beitrag zur Festigung des Friedens —“

Mit dieser Thematik für die 8. Königsteiner Woche macht der Königsteiner Offizierkreis wiederum deutlich, daß er sich in seiner Arbeit vor allem der Selbstbesinnung auf Beruf und Auftrag des Offiziers aus der Sicht des Glaubens verpflichtet fühlt. Wie in den beiden Vorjahren werden bei dieser zentralen Veranstaltung des KOK im April 1967 Probleme behandelt, zu denen das II. Vatikanische Konzil Stellung genommen hat. Von besonderer Bedeutung und Aktualität für die Erörterung ethischer Grundfragen des soldatischen Dienens ist das Kapitel „Der Friede und die Völkergemeinschaft“ aus der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, dem der Leitgedanke für die Woche entstammt.

Unter den gegebenen Umständen, d. h. selbst unter schwierigen Bedingungen, einen wirksamen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung des Friedens zu leisten: das ist ein Auftrag, der an die geistig-seelische Kraft des Soldaten hohe Anforderungen stellt. Nur wer die verantwortungsbewußte und ehrliche Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen unserer Welt nicht scheut, wird zu einer befriedigenden, fundierten Aussage über Sinn, Wert und Würde soldatischen Dienens in unserer Zeit finden.

Möge die Akademietagung in Königstein zu solcher Selbstbesinnung anspornen und geeignete Hinweise geben. Ich freue mich auf die persönliche Begegnung mit den Teilnehmern und wünsche der Woche einen erfolgreichen Verlauf.

† Dr. Franz Hengsbach
Bischof von Essen
Katholischer Militärbischof
für die Deutsche Bundeswehr

Königstein 1967

Am 24. 4. 1967 beginnt die achte Woche der Besinnung in Königstein. Diese KOK-Tagung auf Bundesebene hat sich zu einem festen Bestandteil unserer Laienarbeit entwickelt. Wenn die diesjährige Tagung mit einem Grußwort unseres Militärbischofs ausgezeichnet wurde, dann sind wir dankbar und freuen uns, daß unsere Arbeit anerkannt wird.

Wir selbst wissen, daß wir von den Zielen, die wir uns gesetzt haben, noch weit entfernt sind. Es muß aber auch festgestellt werden, daß schon einiges geleistet wurde. An diesem Erfolg haben viele Anteil. Sie alle zu erwähnen würde Seiten füllen und mit Sicherheit würde mancher vergessen. Es wird immer die Mitarbeit vieler einzelner sein, die zu dem führt, was sich KOK nennt. Zunächst aber wollen wir einige Gedanken dem Tagungsort und unserer Tagungsstätte widmen.

Königstein unser Tagungsort

Dem Fahrenden, der von Frankfurt, aus der Niederung, dem höchsten Berg des Taunus, dem Feldberg, zustrebt, eröffnet sich, wenn er den Weg über Bad Soden nimmt, ein wundervoller Anblick, zumal wenn er im Frühling reist. Aufragend aus der Ebene, die hinter ihm bleibt, erhebt sich über herrlich bewaldeten Höhen die Ruine Königstein. Seit dem Jahre 1215 schaut sie vom hohen Felsen über das schöne, teilweise malerische Städtchen Königstein. Die Höhenlage von 450 m ü. d. M. hat diesem Kurort ein günstiges Klima gesichert. Die Sauberkeit der Luft, die sanftgeschwungenen Bergeshöhen laden zum Verweilen und Erholen ein. Vor den Nordwinden schützen der überragende große und der kleine Feldberg und eine Reihe von beträchtlichen Höhen des Taunusgebirges. Die Sonne lockt schon früh das Grün hervor und bringt lebensspendende Wärme bis weit in den Herbst. So sind gerade das Frühjahr mit seiner zauberhaften Blütenpracht und der Herbst mit seinen Kaskaden von buntem Laub bevorzugte Jahreszeiten. Der Sommer zeichnet sich durch eine sanfte Luftbewegung aus, wenn im Tal die Hitze brütet. So findet man zu allen Zeiten in diesem landschaftlich reizvollen, ozonreichen, von keinem rauchenden Fabrikschornstein beeinträchtigten Städtchen Ruhe und Erholung.

Wenn auch in einer solchen Umgebung sich in erster Linie der Kurgast zu Hause fühlt, so lehrt aber doch die Erfahrung, daß auch der Tagungsgast von dieser Ruhe und Entspannung Nutzen hat. Es war daher – und ein Rückblick über alle bisherigen Wochen der Besinnung bestätigten das – eine glückliche Stunde, als sich unser Kreis Königstein als jährlichen Tagungsort auswählte. Es will dem Chronisten sogar erscheinen, als wenn dieses Kleinod unter den deutschen Kurstädten in diesem Jahr besonders

schön sein wird, weil unsere Tagung diesmal im vollen Frühling liegt. Oftmals schon haben unsere Freunde nach anstrengenden Diskussionen neue Kraft und neue Ideen gefunden, wenn sie sich während der Mittagspause in der wärmenden Sonne ergehen konnten. Die Last der Kleinarbeit des Alltags fiel ab, mancher Ballast – gelstiger-seelischer – konnte abgeworfen werden und Kümernisse, die wie Felsen zu lasten schienen, wurden kleiner und unbedeutender.

So wollen wir hoffen, daß die Tage, trotz der anspruchsvollen Thematik auch uns ein Stück Erholung mitbringen.

Erholung ist aber nur dann wirklich möglich, wenn Entspannung vorausgeht. Gewiß, wir gehen zu einer Tagung, zu einem Kongreß. Es geht um ein Thema, das uns alle berührt, aber für jeden einzelnen bietet sich auch die Gelegenheit abzuschalten, mit sich und über sich ins reine zu kommen. Dank deshalb unseren Militärpfarrern und den zivilen Geistlichen, die still unserer Tagung lauschen, viele Sorgen und Nöte erfahrend und, die dann fast unsichtbar bereit stehen, jedem sein persönliches Gepäck tragen zu helfen. Keiner wird gezwungen, aber jeder der will, sollte erleichtert von dem Gebrauch machen, was angeboten wird.

Daß wir der Organisation, soweit sie nicht durch uns gestellt wird, danken, dem Militärbischofsamt mit seinen eifrigen und treuen Helfern, ist eine Selbstverständlichkeit.

In diesem Jahr wollen wir auch dem gastgebenden Haus besonders herzlich zugetan sein. Die vielen Helferinnen und Helfer in Haus und Küche haben sich in jedem Jahr des herzlichen Dankes unserer Kameraden erfreuen können. Sie tun immer ihr bestes und das wurde jedes Jahr wieder anerkannt.

Besonderen Dank wollen wir an dieser Stelle aber auch dem Hausherrn, Weihbischof Dr. Kindermann, sagen, der in seiner ruhigen, feinen Art unsere Tagung immer so wohlwollend unterstützt hat. Seine Leistung um die Ausbreitung des Reiches Christi wurde im vergangenen Jahr am 11. 7. mit der Ernennung zum Weihbischof von Hildesheim ausgezeichnet.

Wir freuen uns darüber von Herzen. Damit aber allen unseren Freunden, vor allem denen, die zum erstenmal hier sind, ein Urteil über das, was hier gewollt, gebaut und erarbeitet wurde, mögllch wird, ist nachstehend ein „Rückblick über zwanzig Jahre Königsteiner Arbeit“ abgedruckt.

H. F.

Haus der Begegnung unsere Tagungsstätte Zwanzig Jahre Königsteiner Arbeit

Vierzehn Millionen Menschen, davon sechs Millionen Katholiken, verloren durch die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten Besitz und Heimat. Sie strömten in ein zerstörtes, erschöpftes, moralisch gebrochenes Land. Aus dem Grauen der Vertreibung in das Grau der Ungewißheit, beraubt, enturzelt, verstört.

Wo anfangen, um ihnen zu helfen? Wie ihrer Mutlosigkeit ein Licht der Hoffnung anzünden? Hier war mehr als ein soziales Problem zu bewältigen. Diese Menschen, Familien und einzelne, mußten wieder im Leben verankert werden. Es galt, ihnen außer dem täglichen Brot Heimat und Zukunft zu geben. Diese Forderung richtete sich in besonderer Weise an die Seelsorge, rückte die Verantwortung des Priesters und die Mitverantwortung eines jeden von uns für den Priesterberuf in den Vordergrund.

Am 15. November 1966 waren es 20 Jahre her, daß in den ehemaligen Kasernen des Reichsarbeitsdienstes auf dem Gelände der Stadt Königstein der Beginn einer neuen geistigen Arbeit gesetzt wurde. An jenem Tag versammelte sich ein Kreis von Kriegsheimkehrern, einigen Priestern, Schwestern und anderen Flüchtlingen – hier hatten alle Platz – erstmalig in einem zur Kapelle gerichteten Raum, um das heilige Opfer zu feiern und den Segen für das Begonnene zu erbitten.

Wir waren damals so ausgehungert, daß uns ein von Amerikanern gespendeter Kaffee bei dem anschließenden Frühstück gar nicht gut bekam. Die Häuser waren durch die Niemandszeit nach dem Zusammenbruch stark hergenommen. Nur einige Zimmer konnten fürs erste, kümmerlich genug, bewohnbar und beheizbar gemacht werden. Wir hatten keine „großen Absichten“, verstanden unsere Lage zunächst auch nur als ein Provisorium, aber wir hatten eine Aufgabe, und wir vertrauten.

Der sehr bescheidene Anfang jenes 15. November waren zwei Abiturientenkurse für Kriegsteilnehmer, die gleichsam den Grundstein für unsere St. Albert-Schule (heute Bischof-Neumann-Schule) und die Philosophisch-Theologische Hochschule Königstein bildeten, die dann Ostern 1947 ihren Lehrbetrieb aufnahm. Unser Leitgedanke war, ein Aufgangseminar für Theologen aus den Vertreibungsdiözesen zu schaffen. Dank der umsichtigen und tatkräftigen Unterstützung durch Bischof Wilhelm Berning von Osnabrück, seinerzeit Beauftragter der deutschen Bischöfe für das katholische Auslandsdeutschtum, und Prälat Albert Büttner, Leiter der Kirchlichen Hilfsstelle, waren die Verhandlungen mit Landesregierung und Schulministerium

im Lauf des Jahres 1946 so weit gediehen, daß wir als Mieter in die Königsteiner Kasernen einziehen und das Schulprojekt unter Dach und Fach bringen konnten. Mit dem Ermländer Maximilian Kaller hatte uns Pius XII. im gleichen Jahr den ersten Flüchtlingsbischof geschenkt. Er errichtete im Oktober 1946 das Priesterreferat. Mit Sammlung, Registrierung und karitativer Hilfe beginnend, schuf es im Lauf der Zeit dem vertriebenen Klerus eine geistige Heimstatt, ein Zentrum des Gedankenaustausches und der pastoralen Beratung.

Als wir Ende 1947 auf das erste Arbeitsjahr zurückblickten, hatten wir manchen Aufschwung, aber auch manche Krise und Härte zu verzeichnen. In dem unbarmherzigen kalten Winter wären wir fast erfroren. Wochenlang hatten wir nicht eine Kartoffel im Haus. Die Lebensmittellieferung des Heiligen Vaters rettete uns buchstäblich das Leben. Mutlos geworden war niemand.

Achtzehn Teilnehmer unseres ersten Kurses legten bereits im Mai 1947 die Reifeprüfung ab, der zweite Kurs war im November so weit. Unsere Lehranstalt wurde von oben herunter bis zur Untertertia erweitert, 234 Schüler hatten sich angemeldet, darunter auch viele aus der sowjetisch besetzten Zone, um den drückenden schulischen Verhältnissen dort zu entgehen. Die Theologenzahl in den Hochschulkursen wuchs auf 65. Im April fand die erste denkwürdige Konferenz für Flüchtlingsseelsorger im Rahmen des Priesterreferats statt. Ein unerwarteter Tod riß im Juli 1947 Maximilian Kaller aus unserer Mitte. Er war gerade von einer Reise zurückgekehrt, die er als einen Bittgang für das Königsteiner Anliegen unternommen hatte, dessen Früchte uns dann nach seinem Heimgang auch zuteil wurden. Anfang Dezember 1947 konnte als rechtlicher Träger von Schule und Hochschule das Albertus-Magnus-Kolleg e. V. gegründet werden. Wir glaubten uns schon aus dem Größten heraus, als 1948 die Währungsreform unser Budget so schwer erschütterte, daß unsere Existenz bedroht war. Einige gute Seelen legten ihr Kopfgeld zusammen, wir schrieben die ersten Bettelbriefe, druckten die ersten „Bausteine“, sandten unsere „Königsteiner Rufe“ hinaus, die uns als heute größte Monatsschrift für Heimatvertriebene einen Kreis von Förderern und Freunden schuf. Königstein wuchs. Am 28. April 1949 wurde die Philosophisch-Theologische Hochschule selbständig und staatlich und kirchlich anerkannt. Kardinal Frings sagte uns an diesem Tag das so bedeutungsvolle Wort: Königstein ist ein Seminar des Herolds. Nochmals war unser mühsames Werk in diesem Jahr einer Erschütterung ausgesetzt. Die amerikanische Besatzungsmacht reflektierte auf unsere Kasernen und unternahm schon Schritte zu unserer Ausquartierung. Nur mit Hilfe höchster Interventionen konnten wir uns behaupten. „Ruhige Zeiten“ gab es nicht.

Tiefe Dankbarkeit erfüllte uns, als wir Ende November 1949 unsere Kollegskirche weihen konnten. Nach den Entwürfen von Architekt Hans Busch, Frankfurt, der ein Freund unseres Hauses geworden war, entstand sie aus einem alten Lagerraum. Einen Teil der Bauarbeiter stellten unsere Theologen. Der schlesische Bildhauer Ernst Jaeckel löste sein Versprechen ein,

das er in russischer Kriegsgefangenschaft in Sibirien gegeben hatte, und stiftete die Statue der Mutter der Vertriebenen. Sie wurde bald zum Ziel der alljährlichen Wallfahrten unserer Heimatvertriebenen.

Ein wichtiger Schritt organisatorischer Festigung vollzog sich, als wir im November 1952 die Kasernengebäude käuflich erwerben konnten. Unzählige Vertriebene, von denen die meisten damals selbst noch kein Dach über dem Kopf hatten, halfen uns, den Kaufpreis von einer Million in so kurzer Zeit aufzubringen, daß wir keine Zinsen zu zahlen brauchten.

„Ruhige Zeiten“ gab es nicht. Die Aufgaben mehrten sich. Bedrohliche Konflikte, bald in diesem, bald in jenem Teil der Welt, erzeugten neue Flüchtlingsströme des Elends, als Hauptakteur dahinter der Weltkommunismus. Nach anfänglichen Winkelzügen startete das kommunistische Regime in den östlichen Ländern eine erneute, von Vernichtungsplänen getragene Kirchenverfolgung. Der Kausalzusammenhang Verdrängung, Kirchenverfolgung, kommunistisches Weltmachtstreben zeichnete sich ab. Unser Dienst am vertriebenen Menschen mußte sich ausweiten zum Dienst an der leidenden Kirche Christi. Unser Volk, noch allzusehr vom Ringen um die Existenzgrundlagen eingenommen, durfte nicht geistig und seelisch erblinden. Gleichzeitig mußte zu einem Zusammenschluß aller Bedrängten über die Nation hinaus gefunden werden. Hier durfte nichts beschönigt und nichts bagatellisiert werden. Mit der Kirche war die Menschheit in ihrem Recht auf Würde, Freiheit und Frieden bedroht. Der Zwang der Zeit weckte die Kräfte, um der aufgegebenen Forderung zu begegnen. Im Jahre 1954 begann Königstein ein Begriff zu werden. Es hatte Anziehung und Strahlkraft gewonnen und bot jetzt, so hilfsbedürftig und von mancher Gefährdung angefochten es selbst einmal gewesen war, Schutz, Zuversicht, Halt und Hilfe für viele.

Das Priesterreferat hatte seine anfänglichen Konferenzen für Priesternachwuchs zu internationalen Theologenkonferenzen ausgebaut. Das Priesterreferat selbst hatte im Zusammenwirken Profil gewonnen und war nun auch schon in der Lage, angehende Priester materiell und geistig zu fördern. Die Philosophisch-Theologische Hochschule richtete ihren Lehrplan und ihr spirituelles Streben auf die missionarische Hilfe an den Völkern des Ostens aus. Über siebzig Neupriester aus ihren Reihen konnten noch zum seelsorglichen Einsatz in die SBZ gelangen. Die ersten Kongresse „Kirche in Not“ zusammengeführt, um Zeugnis zu geben, Themen zu stellen, das Erbarmen Gottes für die Verfolgten zu erleben und weltweite Öffnung und Widerhall für die Auseinandersetzung Religion und Kommunismus zu erwirken, wurden durchgeführt.

Im November 1948 hatte die erste Kontaktaufnahme mit Pater Werenfried van Straaten stattgefunden und wurde zur Geburtsstunde der Ostpriesterhilfe. Mit der glühenden Begeisterung des Überzeugten sprach Pater Werenfried zu Arbeitern, Bauern, Männern der Wirtschaft, der Presse und der Öffentlichkeit. „Helfen müssen wir, helfen, überall, wo eine Not ist.“ Er fand die Güte, an die er glaubte. Sein „Millionenhut“ wurde sprichwörtlich. Man nannte ihn, den Pionier der europäischen Hilfsbereitschaft, erst den „Speck-

pater“, bald aber den „Bauherrn Gottes“. Von 1948 bis 1954 wurden über 100 000 Lebensmittelpakete, die Woche für Woche aus dem benachbarten Ausland heranrollten, über Königstein verteilt. Die Aktion „Ein Fahrzeug für Gott“ machte die Diaspora mit den vielen Seelsorgestationen beweglich. Zum Bau von Kirchen, Häusern und Straßen sammelten sich junge Menschen im Bauorden, der seinen Standort ebenfalls mehrere Jahre in Königstein hatte. Als eine Gründung der Hoffnung auf den Tag, wo das Gespräch mit den Völkern des Ostens wieder möglich werden könnte, war im Rahmen der Ostpriesterhilfe 1950 das Kapellenwagenwerk entstanden, um zunächst Soforthilfe in der Diaspora mit den Zehntausenden Vertriebenen zu leisten. Dörfer ohne Gotteshaus, Abwanderungsgebiete und Randsiedlungen wurden das Missionsgebiet der Patres aus mehreren westeuropäischen Ländern. Die Ostpriesterhilfe wurde ferner Mitträger der Kongresse „Kirche in Not“ und gab in bisher 13 Bänden eine Dokumentation dieses Kongresses heraus.

1954 konnte auch die Grundsteinlegung des Hauses der Begegnung erfolgen. Auch ihm lag der Gedanke einer Ost-West-Begegnung und einer Öffnung für die Belange der Völkergemeinschaft zugrunde. So ließen sich bereits vor über zehn Jahren jene vier Ideellen Stockwerke erkennen, die heute das Königsteiner Werk ausmachen: Schule und Hochschule, Vaterhaus der Vertriebenen, Ostpriesterhilfe im Anruf des Westens und Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Das Haus der Begegnung, 1955 als Schulungs- und Tagungsstätte eröffnet, sah bis heute Junge und Alte, Akademiker, Arbeiter, Katholiken und Protestanten, Europäer, Asiaten, Afrikaner, Menschen aus etwa 50 verschiedenen Völkern. Manches Vorurteil Außenstehender gegen die „Enge“ eines katholischen Schulungszentrums konnte beseitigt werden.

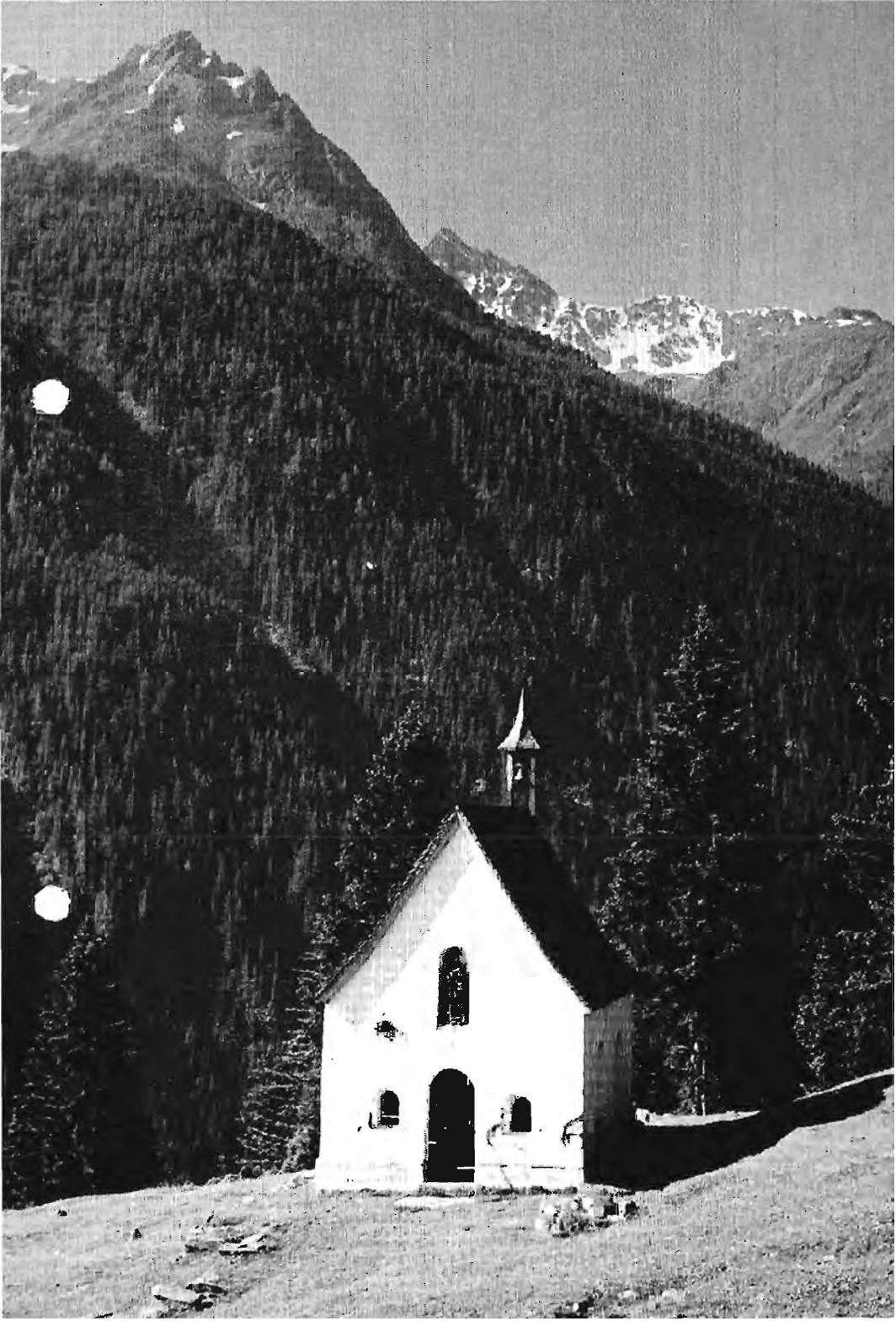
Die Aufgaben mehrten sich von Jahr zu Jahr. Die in den fünfziger Jahren begonnene Gründung von Spezialinstituten wurde fortgesetzt. Das 1952 gegründete Katholische Institut für Religionssoziologie zählt heute 40 Studien. An der Ideellen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus arbeiten das Baltische Institut, das bisher fünf Jahrbücher herausgab, und das Chinesische Institut. Die mit Hilfe des Bundesjugendplans ausgestattete Ostakademie begann 1956 ihre Schulungskurse für Jugendliche und Jugendbildner.

Um die Enge von Schule und Konvikt zu sprengen, mußte vor drei Jahren als ein notwendiges Bauvorhaben die Errichtung einer neuen Schule auf den Plan gesetzt werden. Architekt Busch schuf uns einen Schulbau, der zweckdienliche Forderungen mit denen der Ästhetik verbindet und alle Anforderungen des neuzeitlichen Unterrichts berücksichtigt. In unserem Jubiläumsjahr ist er fertig geworden und erhielt als Bischof-Neumann-Schule am Albertus-Magnus-Tag seine feierliche Weihe. Bischof Neumann, der Begründer des katholischen Schulwesens in den USA, hat ihr den Namen und uns die Verpflichtung gegeben, in unserer katholischen Schule stets eine Quelle für das Wachstum der Kirche zu sehen. Die Förderung des Priesterberufs mit besonderer Bereitschaft für die leidende und verfolgte

Kirche ist unser Erziehungsziel geblieben. Es weist aber ebenso hin auf den apostolischen Menschen, der, wo er auch steht, in Familie, Beruf, Öffentlichkeit, den Wirren der Zeit standhält und auch den Mut hat, für Christus eine Bresche zu schlagen, wo es not tut.

Stehen wir nun vor einem Abschluß? Auch weiterhin wird die Zeit, der wir nie ausgewichen sind, uns unsere Aufgaben stellen. Sie liegen vorerst in der Vertiefung des Erreichten. Die gelstige Eingliederung der Vertriebenen ist noch nicht abgeschlossen. Noch immer stehen unsere Brüder im Osten unter der Verfolgung durch den atheistischen Kommunismus. In seiner Zielsetzung gegenüber der Religion hat er nichts geändert, wenn auch seine Methoden wechseln. Auch sind die Anliegen mit unseren östlichen Nachbarn noch nicht gelöst. Unsere Begegnung mit ihnen wirft Fragen auf, die einer sehr gründlichen theologischen und ethischen Durchleuchtung bedürfen. Kein Anlaß zum Stillstand. Fragen, Aufgaben, Arbeit in Fülle.

Bilder: Schönheiten der Natur, freudvolle Erlebnisse, Begegnung in Liebe,
Gottesgeschenke?
Ja, wenn wir uns des ewigen Spenders bewußt bleiben.





Vorbereitung für die achte Woche der Besinnung

In der Wehrkunde Heft 3 vom März 1967 wird zu den Problemen der deutschen Verteidigungspolitik Stellung genommen. Die Bundestagsabgeordneten Dr. F. Zimmermann und H. Schmidt sowie Oberst a. D. H. v. Zitzewitz legen in diesen Abhandlungen ihre Gedanken zu dieser brennenden Frage vor. Wenn möglich, sollten sich die Teilnehmer an unserer Tagung damit beschäftigen.

Nicht vorenthalten werden soll eine Schweizer Quelle. „Der Schweizer Soldat“ eine Zeitschrift des Schweizer Bundesheeres hat eine Sonderausgabe soldatischen Führertums herausgegeben. Anhand des geschichtlich nachgeprüften Verhaltens von hervorragenden soldatischen Führern im 2. Weltkrieg wird versucht, Erfahrungsunterlagen über entscheidendes Verhalten in schwierigen Situationen zu gewinnen.

Die nachstehend zusammengestellten Grundsätze scheinen auf den ersten Blick nicht unbedingt etwas mit unserem Thema zu tun zu haben. Bedenkt man aber, daß alles was wir hier an grundsätzlichen Überlegungen erarbeiten, im Alltag, im Einzelfall auch seine Gültigkeit haben muß, dann erscheint der Abdruck in dieser Kürze als Hintergrundmaterial gerechtfertigt. Weiterhin ist zu bedenken, daß wir uns von den Aufgaben eines Offiziers im Frieden aus eigener Anschauung Vorstellungen machen können. Die Situation in einem Krieg kennen aber nur noch wenige.

General Robert B. Eichelberger, ein bekannter amerikanischer Kommandeur im Pazifik meisterte eine verzweifelte Lage. Nach der Auswertung ergaben sich folgende Erfahrungen:

1. Die militärische Fehlleistung einer Truppe ist in der Regel nicht bei ihren Soldaten, sondern bei ihren Befehlshabern zu finden.
2. Die Persönlichkeitswerte der Truppenkommandeure und Einheitsführer, ihr Durchsetzungsvermögen nach unten und oben beeinflussen entscheidend Kampfmoral und Leistung der Verbände.
3. Führen heißt Fahren, andere auf ein Ziel hin in Bewegung bringen! Wer führt, muß auf andere einwirken, andere Mit- und Gegenmenschen zur gemeinsamen Stellungnahme gegen die feindliche Umwelt beeinflussen. Führen fordert persönliche Aktivität.
4. Die Kampfmoral einer Truppe wird auch durch ihre naturhafte Umwelt beeinflußt. Jede Umweltveränderung kann bei einer Truppe zu demoralisierenden Anpassungsschwierigkeiten führen, wenn ihre Menschen auf die Gegebenheiten der neuen Umwelt nicht trainingsmäßig psychosomatisch eingestellt wurden.
5. Anpassungsschwierigkeiten führen zu psychischen Belastungen und Spannungen, zum „Stress“, zu einer psychologischen Epidemie, die die körperliche Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt, Willenskräfte absorbiert und zu passivem Verhalten – zum Treibenlassen – führt.

6. Beispielgebendes, begeisterndes soldatisches Führertum, das den einzelnen Soldaten zu zielgerichtetem Verhalten im Dienste seiner Selbsterhaltung gefühls- und verstandesmäßig motiviert und seine Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, blockiert und vermindert stresshafte Umweltwirkungen.
7. Da psychische Belastungen und Spannungen auch somatisch bedingt sind, gibt es kein begeisterndes Führertum ohne Befriedigung biologischer Bedürfnisse der Selbsterhaltung, wie Hunger, Durst, Schutz vor Kälte und Nässe, und erworbener Bedürfnisse (Süchte) wie Nikotin, Alkohol und bei den Amerikanern auch Cola.

Aus Generaloberst Heinz Guderians Erlebnissen lassen sich folgende Lehren ziehen:

1. Der soldatische Führer ist die Energiequelle der Kampfmoral seiner Truppe(n). Das soldatische Führertum höherer Vorgesetzter ist ein Umweltfaktor der Kampfmoral soldatischer Gruppen.
2. Führen fordert aktives Verhalten, unmittelbares oder mittelbares Einwirken auf die zu Führenden.
3. Die persönliche Einwirkung des militärischen Vorgesetzten und des soldatischen Führens auf die Truppe erfolgt
 - a) durch seine Haltung, sein selbstsicheres Auftreten, seine tatsächliche oder vorgetäuschte Ruhe, Humor und Selbstironie in Krisenlagen, „wenn für die anderen die Sch . . . am Dampfen ist“;
 - b) durch sein Beispiel und Vorbild in Not und Gefahr;
 - c) durch mündliche und schriftliche Botschaften, wie Tagesbefehle, Lob und Anerkennung, Tadel und Mißbilligung, durch den Ausdruck der Verwunderung über unzureichende Leistungen und durch väterliche, beruhigende Worte.
4. Das Führungsvermögen des Offiziers beruht auf Status und soldatischem Führertum. Sein Status, sein Rang und seine Dienststellung, seine Befehlsgewalt und Strafbefugnisse wie der gesetzliche Schutz seiner ihm vom Gesetzgeber verliehenen Autorität verleihen dem Offizier neben seiner Persönlichkeitsautorität, seiner gewinnenden Autorität zwingende Autorität.
5. Unmittelbares, persönliches Führen ist wirkungsvoller als mittelbares, da es
 - a) zwischen Offizier und Mann zu dem zwischenmenschlichen Prozeß des Miteinanders führt;
 - b) Statusbedürfnisse der untergebenen Führer, wie soziale und biologische Bedürfnisse, anspricht;
 - c) Vertrauen des Soldaten auf die Leistung des soldatischen Führers im Dienste seiner Selbsterhaltung erzeugt.

Feldmarschall Viscount Bernard L. Montgomery of Alamain erkannte im Afrikafeldzug, daß

- a) die Kampfmoral einer Armee führungsbedingt ist und er selbst verantwortlich ist;
- b) das Vertrauen zur obersten Führung einer ihrer wesentlichsten Faktoren ist;
- c) das Vertrauen zur obersten Führung auf den Erfolgen der Armee beruht;
- d) Erfolge das kollektive Selbstvertrauen der Truppe wecken und stärken und somit Kampfmoral zeugen und fördern;
- e) die oberste Führung der Armee sich das Vertrauen der zu Führenden erwerben und die Beziehungen nach unten (public relations) pflegen muß.

Generalfeldmarschall Erwin Rommel bewies in der Praxis:

1. Soldatisches Führertum kann sich
 - a) unmittelbar
 - b) mittelbarauf Kampfmoral und Leistung der Truppe auswirken.
2. Soldatisches Führertum kann
 - a) ein Binnenfaktor
 - b) ein Umweltfaktorder Kampfmoral einer militärischen Gruppe sein.
3. Führertum ist ein Kontakt- und Kommunikationsproblem. Ohne Kontaktmöglichkeiten keine Kommunikation. Ohne Einwirkungsmöglichkeiten auf die zu Führenden keine Einflußnahme, keine Führung.
4. Unmittelbares persönliches Führertum ist zeitlich und örtlich begrenzt. Ohne unmittelbaren zwischenmenschlichen Kontakt keine unmittelbare Einwirkung oder Auswirkung, keine Einflußnahme durch Autorität oder Beispiel auf das Verhalten der zu Führenden.
5. Unmittelbares Führertum ist auf eine kleine Anzahl von Menschen beschränkt, die man persönlich beeinflussen und in ihrem Verhalten überwachen kann.

Diese Zusammenstellung von Erkenntnissen aus den Erfahrungen tüchtiger soldatischer Führer beweisen, daß soldatisches Führertum ein vorwiegend geistiger Beruf ist. Den Offizieren aller Grade muß daher die Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen ihrer Zeit zur Pflicht gemacht werden. Orientierungshilfen sind unser Gewissen und unser Glauben. Unter diesen Gesichtspunkten sind auch die nachfolgenden Beiträge zu verstehen.

Gute Gründe für eine Verteidigung mit der Waffe

Gedanken aus einer Diskussion mit Kriegsdienstverweigerern

Oftmals wird behauptet, es habe keinen Sinn, sich mit Kriegsdienstverweigerern auseinanderzusetzen. Einmal lohne die Zahl – etwa 0,02 % der Wehrpflichtigen – zum anderen die Wichtigkeit der Argumente nicht.

Wenn auch feststeht, daß die Kriegsdienstverweigerer die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährden, so entbinde den Staatsbürger in Uniform, den pflichtgetreuen, denkenden Soldaten in einem demokratischen Staatswesen nichts davon, sich über seinen Auftrag und sein Tun Gedanken zu machen. Das schwere Schicksal unseres Vaterlandes fordert gerade, daß wir uns über alle erreichbaren Fakten unterrichten. Wenn es um Krieg oder Frieden, um Sein oder Nichtsein unseres Volkes geht, dann hat jeder Gedanke sein Gewicht. Nicht des Gedankens Blässe soll den Soldaten ankränkeln, sondern in logischer, nüchterner Diskussion soll er sich selbst von der Richtigkeit seines Handelns überzeugen können. Argumente, die er selbst ad absurdum führen kann, stärken seine Widerstandskraft. Aufgabe des verantwortlichen Führers ist es, seine ihm anvertrauten Untergebenen, in geeigneter Weise mit diesen Denkergebnissen vertraut zu machen. Dabei ist es seine Pflicht, jeden Einwand sachgerecht und nicht mit Phrasen zu beantworten. Denn er muß sich auch darüber klar sein, daß halbverdaut und nicht voll verstandene Argumente allzuleicht zu Mißtrauen und Zersetzung führen.

Zunächst aber welche Gründe gibt es, die zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung führen?

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird nach Prüfung gewährt:

- a) aus ethischen und humanitären,
- b) aus religiösen und
- c) aus historisch, politischen Gründen.

In der Mehrzahl ist es nicht ein Grund, sondern es fallen verschiedene Gründe zusammen. Einzig eine Minderzahl beruft sich auf rein religiöse Motive. Die Mehrzahl nimmt die Gründe unter a) und c) für sich in Anspruch. Unter diesen Gesichtspunkten, muß man auch den nachstehenden Beitrag lesen, der als Vortrag vor einer katholischen Studentenverbindung, der eine größere Anzahl „noch Wehrpflichtiger“ angehörte, gehalten wurde.

Wenn ich heute zu diesem Thema spräche, dann deshalb, weil ich glaube, mit meinen Argumenten eine Diskussionsgrundlage denen geben zu können, die sich aus zeitlichen oder persönlichen Gründen nicht so ausführlich mit der Materie befassen können, die aber dennoch eines Tages mit den Problemen konfrontiert werden und dann ihre eigene Entscheidung treffen müssen.

In der Demokratie sind grundsätzlich alle Zusammenschlüsse und Gruppierungen erlaubt, sofern sie nicht eben diese Demokratie zerstören wollen. So ist es nicht mehr als recht und billig, daß sich neben Organisationen, die mehr materiell bezogen sind, auch Gruppen zusammenschließen, die ideelle Beweggründe haben. Zu diesen rechne ich die Mehrzahl der Kriegsdienstverweigerer.

Ja, ich sehe es als ein Zeichen der Reife unserer Demokratie an, daß sie den Status des Kriegsdienstverweigerers gesetzlich verankert hat. Die Gewissensentscheidung des einzelnen ist zu respektieren, und sie wird bei uns geachtet, auch von den ebenfalls gesetzlich begründeten Verteidigungskräften, der Bundeswehr.

In einem sind Soldaten und Kriegsdienstverweigerer schon lange eins, beide sind Kriegsgegner. Um den Standpunkt der Sicherung des Friedens durch Soldaten schärfer hervorarbeiten zu können, müssen zuvor eine Reihe von Fragen geklärt werden, um eine Diskussionsgrundlage zu haben.

– Worin besteht die Aufgabe des Soldaten heute?

Nachdem die repräsentativen Aufgaben minimal geworden sind, der Schutz einer besitzenden oder herrschenden Klasse oder Kaste kaum noch in Frage kommt, Eroberungskriege auszuschließen sind, kann also nur noch die Abwehr eines Angriffs von außen die alleinige Aufgabe einer Verteidigungsmacht sein. Der Schutz im Innern dürfte sich auf kriegsähnliche Vorkommnisse beschränken und damit außer Betracht bleiben können bzw. zur Verteidigung eines Angriffs von außen gerechnet werden. Wenn wir dazu an die Rede von General a. D. Dr. Speidel, aus Anlaß der Feier des zehnjährigen Bestehens der Führungsakademie erinnern, dann müssen wir auch die Aufgabe der Abschreckung hinzunehmen.

– Wer bedroht uns?

Keiner der uns angrenzenden Nachbarn in Norden, Westen, Süden und Südosten allein wird Vorwand zu einem Krieg haben. Die Grenzen haben sich gefestigt, territoriale Ansprüche bestehen nicht mehr.

Einzig der Teil Deutschlands, der unter Sowjet-Herrschaft steht, stellt für uns eine ungelöste Frage dar. Die Geschichte aber lehrt, daß oftmals von Dritten solche Fragen zum Anlaß genommen werden, einen Krieg zu entfesseln. Bedenklich ist weiter, daß dort ein Regime herrscht, das seinen Herrschaftsanspruch auf ganz Deutschland angemeldet hat und, daß hinter diesem Regime eine Weltmacht steht, die ihrerseits ideologisch die Unterwerfung der ganzen Welt noch heute fordert¹⁾. Man braucht solche Proklamationen nicht ernst nehmen, wenn keine Macht dahinter steht. Hier aber vereinigen sich politisches Wollen und militärische Macht. Diese Macht aber aufhalten zu wollen, wenn sie ernstlich eine Eroberung will, allein mit einer Bundeswehr des derzeitigen Umfangs wäre absurd. So gibt es also im Augenblick nur Zusammenschluß derjenigen, die sich bedroht fühlen.

¹⁾ Siehe Kommentar von Gerd Folkert im Anschluß an diesen Aufsatz.

- Besteht eine Gefahr heute noch?

Viele sind der Meinung, daß Rußland andere Sorgen hätte und sich keine Expansionspläne mehr leisten könne. Viele glauben auch, daß das Programm der Weiteroberung nicht mehr so ernst gemeint bzw. eigentlich schon „überstanden“ sei. Gewiß liegen „Ahnungen“ der Entspannung vor. Es ist auch notwendig, diese Vorgänge genau zu beobachten und auf erkennbare Entspannungen unmißverständlich „entspannend“ zu antworten. Aber so lange Anspruch und Macht, und bisher ist nicht ein einziger Soldat aus der Zone abgezogen worden, bestehen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung alles tun, um möglichen Gefahren zu begegnen. Die Antwort heißt also zunächst: Verteidigungsgemeinschaft und Bundeswehr – NATO.

- Das darf uns aber nicht zurückhalten vor der Frage, hat der Staat überhaupt ein Recht auf den Dienst seiner Bürger in einem Verteidigungsinstrument. Kann er von seinen Bürgern verlangen, daß sie sich für ihn töten lassen bzw. selbst töten.

Als wir noch die Zeiten des „Gottes Gnadentums“ hatten, war diese Frage relativ leicht zu lösen. Beide Konfessionen standen auf dem Standpunkt, daß der Staat ein Recht auf Leib und Leben seiner Bürger habe. Heute sind Zweifel an dieser Berechtigung laut geworden. Deshalb will ich versuchen, diese Frage von einer anderen Seite zu beleuchten.

Zu allen Zeiten haben die Völker sich Gesetze gegeben und darin ihre Auffassung von Recht und Sitte festgelegt. In allen Rechtsauffassungen besteht ziemlich Übereinstimmung darüber, daß es eine persönliche Notwehr gibt. Dieses Notwehrrecht dehnt sich aus auf materiellen Besitz, auf die eigene Familie und den Nächsten, der in meinem Schutz steht. So ist also Notwehr sittlich erlaubt und religiös untermauert. Ich kann jedoch auf dieses Recht zur Notwehr durch Unterwerfung oder Flucht oder Untätigkeit verzichten. Eine Pflicht zur Notwehr des einzelnen besteht nicht. Wie ist es aber mit dem Staat? Hat der Staat eine Schutzfunktion für den einzelnen? Ich glaube, das muß bejaht werden, denn sonst wäre ein geordnetes Staatswesen nicht möglich. Ohne Verkehrsordnung kein Verkehr, ohne Polizei keine Rechtssicherheit, ohne Ordnungsorgane kein geregeltes Leben und ohne gelenkten Einsatz kein Katastrophenschutz. Gewalt, die dem Verbrechen wehrt, ist nicht böse, sondern erscheint als Liebe in fremder Gestalt. Wenn der Staat auch das Recht zum Schutz hat, hat er dann aber auch die Möglichkeit sich zu versagen, wie der einzelne? Ich glaube nein. Im Gegenteil, der Staat hat in erster Linie die P f l i c h t , seine Mitglieder zu schützen und sein R e c h t ist davon abgeleitet. Er kann also nicht verzichten.

- Hat der Staat aber auch das Recht, den Einsatz des einzelnen zur Verteidigung zu fordern?

Auf wen soll man sich zur Entscheidung dieser Frage berufen? Sie dürften mit mir sicherlich soweit einig sein, daß das Naturgesetz sowohl dem einzelnen als auch dem Staat den Selbstschutz zusteht. Die Philosophie der Verteidigung durch Gewaltlosigkeit ist nicht nur noch nicht

ausreichend durchdacht, sondern auch nicht ganz beweiskräftig und in der Geschichte noch recht unerprobt, teilweise sogar mit negativem Erfolg geübt.

Was bietet sich an? Für uns doch jedenfalls die Kirche als die Institution, die Christus gestiftet hat. Das Konzil hat in der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ dazu Stellung genommen:

„Vom gleichen Geist bewegt, können wir denen unsere Anerkennung nicht versagen, die bei der Wahrung ihrer Rechte darauf verzichten, Gewalt anzuwenden, sich vielmehr auf Verteidigungsmittel beschränken, die sonst auch dem Schwächeren zur Verfügung stehen, vorausgesetzt, daß dies ohne Verletzung der Rechte anderer oder Pflichten ihnen gegenüber oder gegenüber der Gemeinschaft möglich ist.“

Der Schluß des Satzes aber bringt deutlich zum Ausdruck, daß nicht nur der Verteidigung mit Gewalt, sondern auch dem Verzicht auf diese Verteidigung in der sittlichen und rechtlichen Ordnung Grenzen gesetzt sind. Und damit komme ich wieder zur Frage, ob der Staat das Recht zur Förderung der Verteidigung durch seine Bürger hat.

Die Ziffer 79 der Pastoralikonstitution bejaht die Notwendigkeit, zur Sicherung der Rechtsordnung Verteidigungsmöglichkeiten vorzusehen: ausdrücklich.

„Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf Verteidigung nicht absprechen.“ Denn „die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese wichtige Sache ernst nehmen“.

Mit der Feststellung des Verteidigungsrechtes und der Verteidigungspflicht ist zugleich gesagt, daß die staatliche Autorität das Recht hat, für diesen Verteidigungsfall gerüstet zu sein und entsprechende Leistungen der Staatsbürger in Anspruch zu nehmen.

- Aber das Konzil nimmt die Staatenlenker in der Frage der Verteidigung in eine strenge Pflicht. Es erwähnt ausdrücklich drei Formen des Machtmißbrauches: Ziffer 79:

„Es ist etwas anderes, militärische Macht einzusetzen, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, etwas anderes, andere Nationen unterjochen zu wollen. — Das Kriegspotential legitimiert ferner nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch desselben. — Auch wird nicht deshalb, weil ein Krieg unglücklicherweise ausgebrochen ist, damit nun jedes Kampfmittel zwischen den gegnerischen Parteien erlaubt.“

- Dem Soldaten aber wird das Ethos seines Dienstes in der gleichen Ziffer 79 klar vor Augen geführt:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht“ — „betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Unter diesen Aspekten muß man den Dienst des Soldaten sehen. Auswüchse, Unbelehrbare und sogar Unverantwortliche wird es immer geben. Die Institution selbst, aber auch ihre demokratischen Aufsichtsorgane müssen für eine ständige Überwachung und Reinerhaltung sorgen. Das System der Kontrollen hier zu erörtern, würde das Thema sprengen.

Nicht eingeschlossen in diese grundsätzliche Überlegung ist, ob es vielleicht einzelne Waffen gibt, die — z. B. wie die Dum-Dum-Geschosse des ersten Weltkrieges — anzuwenden, global oder zeitlich und örtlich begrenzt oder verboten werden muß, weil ihre Wirkung sittlich oder moralisch nicht zu rechtfertigen ist. Aussagen hierüber können aber nur in einem Gemeinschaftswerk zwischen Soldaten, Wissenschaftlern, Technikern, Theologen und Philosophen erarbeitet werden.

Weiteres hierüber zu sagen, würde den Rahmen dieser Betrachtung überdehnen.

Ich möchte jedoch noch einen Gedanken anfügen, den das Konzil besonders betont hat und der uns zuweilen das Verständnis für die Rechtschaffenheit mancher Argumente mancher Kriegsdienstverweigerer erschwert, zumal, wenn man bedenkt, daß der Schutz ihres Status hier bei uns gesichert ist, einige 100 km von hier aber auf sehr tönernen Füßen steht. Und wenn dann noch nach der „Süddeutschen Zeitung“ vom 16. Januar 1967 z. B. sich die „Internationale der Kriegsdienstverweigerer“ für eine Unterstützung eines parteipolitischen Antrages ausgesprochen hat, dann scheint mir ein Schatten auf die bisher betonte und unterstellte ideale Lauterkeit zu fallen. Damit wird die „IdK“ zu einer Partei wie jede andere. Ziffer 79 der Pastoralkonstitution aber sagt:

„Ferner scheint es angebracht, daß Gesetze für die in humaner Weise Sorge treffen, die aus Gewissensgründen den Waffendienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind.“

Daß und wie dieser Dienst an der Gemeinschaft abgeleistet wird, kann entscheidend sein für die Beurteilung der Kriegsdienstverweigerer.

Ich glaube, wenn wir uns alle, zunächst jeder sich selbst darüber hinaus in seiner Gemeinschaft, bemühen, die Sünde zu überwinden und dem Gebot der Liebe, wie es uns Christus gelehrt hat, Raum geben, dann besteht Hoffnung, daß sich das Schriftwort erfüllt:

„Zu Pflügen schmieden sie ihre Schwerter um, zu Winzermessern ihre Lanzen. Kein Volk zückt mehr gegen das andere das Schwert. Das Kriegshandwerk gibt es nicht mehr.“

Glauben Sie mir, wir Soldaten werden nicht hindernd im Wege stehen.

Zum Abschluß jedoch möchte Ich mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß es Aufgabe aller ist, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens mitzuarbeiten. So ist es kein Gegensatz, wenn gerade der Soldat sich die Gedanken des Konzils, die in den Nrn. 80, 81 und 82 niedergelegt sind, zu eigen macht. Im Gegenteil, gerade der Soldat, der aus seinen Studien und Überlegungen die Schrecken des Krieges in etwa genauer als andere sich ausmalen kann, ist berufen, nicht Abstinenz zu üben und sich politischer Mitarbeit zu enthalten, sondern aktiv mitzuarbeiten und die Forderung nach Schaffung einer Weltautorität zu seiner eigenen Sache zu machen. Er ist mehr dazu berufen als mancher, der es nur laut verkündet; der Soldat ist an nüchternes Denken gewöhnt und kann daher weniger emotionellen Augenblicksstimmungen verfallen.

Im Bewußtsein dieser umfangreichen Aufgabe des Soldaten in unserer Zeit sollte er seinen Beruf in Freude und Hoffnung ausfüllen und damit kundtun, daß er den Sinn unseres Auftrages im Geiste des Konzils verstanden hat.

Aus: Der Wehr-Pressedienst vom 30. 3. 1967, Kommentar von Gerd Folkert

„Feindliches Ausland“

In der Flut der Kommentare zum „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR“ ist ein Gesichtspunkt untergegangen, der mehr als jeder andere die internationalen Spannungen erhöht und die Sicherung des Weltfriedens bedroht. Alle Hinweise auf die Rechtswidrigkeit des Vorgehens schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß Ulbricht seinen Herrschaftsbereich nicht mehr als Teil Deutschlands begreift, wie es noch die Zonenverfassung tut, sondern als Ausland im vollen Sinne des Wortes auch gegenüber der Bundesrepublik.

Und dieses „Ausland“ Bundesrepublik gilt für die SED als feindliches Ausland — allerdings mit dem Zusatz, daß die Spaltung auch von ihr nicht als normal hingenommen wird. Bundesinnenminister Lücke mag recht haben mit dem Hinweis, daß das Staatsbürgergesetz „völkerrechtlich unbeachtlich“ sei, aber in der Praxis gewinnt es bedrohliche Aspekte, wenn wir Ulbricht so reden hören: „Ein Zurück in das Mittelalter der gesellschaftlichen Entwicklung, zum Kapitalismus, gibt es für die Bürger der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht. Eine Vereinigung zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und einer vom Monopolkapital beherrschten westdeutschen Bundesrepublik ist also unmöglich . . . Die Wiedervereinigung, richtiger gesagt, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, ist abhängig von einer durchgreifenden demokratischen Umwälzung in Westdeutschland.“

Ulbricht bleibt demnach bei dem Zusammenschluß der beiden Teile Deutschlands, aber das Ergebnis soll „sozialistisch“ sein. Und er will keine Wiedervereinigung mehr, sondern eine Vereinigung. Damit erhält die Zonenpolitik einen aggressiven Charakter gegenüber der Bundesrepublik,

In der für ihn keine deutschen Brüder, sondern Klassenfeinde wohnen. Mit Ihnen gibt es seit eh und je keine Diskussion, keinen Kompromiß, sondern Kampf bis zur Vernichtung. Wer seine Betrachtungen nicht einem Wunschenken unterwirft, muß zugeben, daß der Vernichtungskampf längst eingesetzt hat: Mauer und Stacheldraht, Wachtürme und Minen wurden zu einem Todesgürtel zusammengefaßt, wie es ihn an keiner Grenze in der Welt gibt. Längst ist die Frage gelöst, ob Deutsche auf Deutsche schießen dürfen, denn unzählige Deutsche wurden von Deutschen ermordet, wenn sie sich in den Westen begeben wollten.

Die Ideologische Überzeugungsarbeit hierfür begann schon vor mehr als zehn Jahren, als Albert Norden den Soldaten auseinandersetzte, daß Armee nicht gleich Armee und Waffe nicht gleich Waffe sei, sondern alles davon abhängt, in wessen Dienst der Soldat stehe, als Ulbricht die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Deutschen traf, und als Generalmajor Dölling betonte, die Volksarmee werde „gegen alle Söldner der NATO und Adenauers kämpfen, auch wenn ihre Sprache die deutsche Sprache sei.“

Als nach Einführung der Wehrpflicht in einem Ostberliner Großbetrieb ein Arbeiter fragte, ob dieses Gesetz bedeute, daß eines Tages Deutsche auf Deutsche schießen könnten, bestritt dies der militärpolitische Kommentator von „Neues Deutschland“, Oberst Herbell, nicht nur nicht, sondern fügte hinzu: „Im Lande zwischen Elbe und Rhein muß eine Wende erzwungen werden. Die historische Entscheidung zwischen den beiden deutschen Staaten, zwischen Sozialismus und Imperialismus ist . . . unumgänglich.“

Es geht also bei der Militarisierung der Zonenbevölkerung nicht zuerst um den Schutz der „Errungenschaften“, sondern um die Schaffung bewaffneter Voraussetzungen dafür, daß Möglichkeiten für die Ausdehnung der kommunistischen Gesellschaftsordnung auf ganz Deutschland geboten werden.

Kardinal Spellman und der Friede

Kardinal Spellman, Erzbischof von New York und zugleich Militärbischof der US-Armee, unternimmt trotz seines hohen Alters alljährlich in der Weihnachtszeit eine Blitzreise um die Erde, um die in allen Kontinenten stationierten amerikanischen Soldaten zu besuchen. Am Heiligen Abend zelebrierte er auf einem Luftstützpunkt bei Saigon eine Messe. In einer Predigt sagte der Kardinal, er sei der Meinung, daß der Krieg in Vietnam der Verteidigung der menschlichen Zivilisation diene. Die USA hätten diesen Krieg nicht gewollt, er sei ihnen aufgezwungen worden. Er hoffe auf einen raschen Sieg, denn nur ein Sieg könne diesen Kriege beenden, nachdem die Bereitschaft der USA zu Verhandlungen von Nordvietnam mit Verachtung zurückgewiesen worden sei.

Solche Worte werden heute nicht nur vor den anwesenden 500 Soldaten gesprochen, sondern die Publizistik sorgt dafür, daß sie in Windeseile in der ganzen Welt verbreitet werden. Natürlich gab es überall lauten Widerspruch bei denen, die den Amerikanern die alleinige Schuld an diesem Krieg zusprechen. Aber darüber hinaus erregte eine solche Stellungnahme Verwunderung bei allen, die eine rasche Beendigung dieses schrecklichen Kampfes wünschen, denn Paul VI. hatte kurz zuvor seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch Verhandlungen ein ehrenvoller Waffenstillstand erreicht werden könne.

Der Kardinal ist offensichtlich anderer Meinung als der Papst und scheut sich nicht, dies auch offen zu sagen. Eine solche Tatsache ist eine neue Erscheinung in der Kirche. Es muß Freiheit auch für unterschiedliche Ansichten bestehen, solange dadurch nicht die Grundlagen des Glaubens berührt werden. Darum ist es auch das gute Recht anderer kirchlicher Amtsträger, öffentlich gegen die Äußerungen des Kardinals zu protestieren, wie es der Bischof von Metz getan hat. Selbst die amerikanischen Bischöfe werden mit ihrem Kardinal nicht alle einverstanden sein.

Schon einmal nahm Kardinal Spellman eine Gelegenheit wahr, um gegen eine totalitäre Macht zum Kampf aufzurufen. Er war einer der unerbittlichsten Gegner Hitlers und bestärkte im zweiten Weltkrieg ebenso wie jetzt die amerikanischen Soldaten in ihrer Aufgabe, Europa und die Welt vor der nationalsozialistischen Diktatur zu bewahren. Es wäre also nicht zutreffend, wenn man ihm einseitige politische Absichten vorwerfen wollte. Es geht ihm um die Verteidigung der Würde nach Freiheit der Menschheit, so wie er es sieht.

Hier zeigt sich aber auch das ganze Dilemma, in dem die Amerikaner sich augenblicklich befinden. Es wäre zu einfach, wollte man ihnen Machtgelüste und Imperialismus vorwerfen, wie es die östliche Propaganda tut. Ganz

gewiß haben sie bei diesem Krieg auch ihre eigenen Interessen in Ostasien zu vertreten. Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, ob am anderen Ufer des Stillen Ozeans sich nur erbitterte Feinde oder auch Freunde Amerikas befinden. Aber die amerikanische Politik hat als Erbe des Puritanismus von jeher einen guten Schuß von idealistischer Moral enthalten. Man sollte daher nicht bestreiten, daß es den USA auch um Freiheit und Demokratie geht, wenn sie sich in einem solchen Kampf weit entfernt von der Heimat einlassen. Es ist den meisten Amerikanern unbegreiflich, warum man sie anklagt, wenn sie nicht nur mit viel Geld, sondern auch mit dem Blut ihrer Söhne sich dafür einsetzen, Völker zu beschützen, die sie zu ihren Freunden zählen.

Es wäre sicher auch nicht logisch, wenn gerade wir Deutsche, die wir argwöhnisch jeden Abzug amerikanischer Truppen allzu rasch als Verrat erklären, Vorwürfe gegen die amerikanische Regierung erheben, weil sie im Fernen Osten zu den Schutzverpflichtungen steht, die sie eingegangen ist. Es zeugt sicher von grenzenloser Naivität, wenn man die drohende Macht der Chinesen angesichts der schrecklichen „Kulturrevolution“ für harmlos und ungefährlich bezeichnet. Ohne den Widerstand der Amerikaner würde ganz Südostasien auf die Dauer zum Opfer des chinesischen Expansionsdrangs. Daß eine solche Entwicklung für die Zukunft und den Frieden der Welt wirklich ohne Bedeutung wäre, kann mit Recht verneint werden.

Trotz dieser guten Gründe empfinden aber die Amerikaner sehr wohl, daß sie ein gutes Ziel mit schmutzigen Mitteln verteidigen. Dieser Krieg wird auf dem Rücken eines unschuldigen Volkes ausgefochten, das nichts anderes will als Frieden und Selbständigkeit. Es hat bisher schon unermeßliche Leiden tapfer getragen und wird sie wohl auch noch lange weiter tragen müssen. Die amerikanische Nation befindet sich in einem ungewöhnlichen Gewissenskonflikt: Man möchte helfen und Gutes tun, vermehrt aber in Wirklichkeit das Elend und den Schmerz. Deswegen ist das Konzept von Kardinal Spellman, man müsse nur bis zum endgültigen Siege durchhalten, nicht durchführbar. Ein solcher Sieg müßte viel zu teuer erkaufte werden. Was würde es dem Befreiten nützen, wenn er die Stunde der Würde und Freiheit um den Preis des Todes erkaufen müßte?

Der Papst dagegen hofft wider aller Hoffnung, daß dieser gefährliche Krieg durch einen Vergleich beendet werden könnte. Es wäre die einzige Möglichkeit des Überlebens für das vietnamesische Volk. Aber auch er weiß kein Patent, wie die kommunistische Revolutionsbewegung Vietnams zum Einlenken gebracht werden könnte. Nachdem Nordvietnam so ungeheure Opfer gebracht hat, will es um jeden Preis die nationale Einheit Vietnams unter kommunistischer Vorherrschaft erzwingen. Da dies auf militärischem Weg nicht erreicht werden kann, sucht es Amerika psychologisch zu zermürben und so zum Abzug seiner Truppen zu bringen. Dem wollte sich Kardinal Spellmann entgegenstellen.

Doch der Friede kann nur erlangt werden, wenn die gesamte Weltmeinung die streitenden Parteien zum Vergleich zwingt. Dabei haben die Kirchen einen wichtigen Dienst zu leisten. Sie müssen immer wieder, wie der Papst

und der Weltkirchenrat es tun, laut ihre Stimme erheben, um zum Frieden zu mahnen. Verhängnisvoll wäre es allerdings, wenn dieser Friedensruf seine Wirkung nur einseitig auf Amerika ausübte. Paul VI. sucht daher überall Verbündete, die auf die kommunistische Front einwirken könnten. Bei diesem Bemühen sollte ihm gerade ein Kardinal nicht in den Rücken fallen. Ein Militärbischof hat die Aufgabe, zu trösten und aufzurichten. Der Appell zum Durchhalten gehört nicht zu seinen rein seelsorglichen Aufgaben.

So gut man den Patrioten Spellman verstehen kann, so wenig kann man sein Verhalten als Bischof billigen. Er hat der Sache des Friedens keinen Dienst erwiesen!

(nach KNA)

Der in Heft 21 angekündigte Abdruck des Vortrages über die Problematik der Lehre vom „Bellum justum“ kann leider erst in Heft 24 erfolgen.

Friede und moderner Krieg*)

Der Gesamttenor der sittlichen Botschaft des Neuen Testaments fordert radikale Nächstenliebe, aus der aber nicht absolute Gewaltlosigkeit als universelles Gesetz gefordert werden kann.

Ein moraltheologisches Urteil über den Krieg wird sich kaum auf diese oder jene einzelne, aus dem Zusammenhang genommene Stelle der Bibel berufen dürfen, sondern muß von der zentralen biblischen Aussage des Liebesgebotes ausgehen. Radikale Nächstenliebe basiert auf der Tatsache, daß alle Menschen Kinder desselben Vaters sind; aller Menschen hat Gott sich in Jesus Christus unwiderruflich angenommen. Christliche Nächstenliebe sprengt darum alle institutionellen Grenzen von Familie, Klan, Volk, Staat, Religion; sie schließt auch den Feind nicht aus; sie verbletet, den Menschen als Mittel zum Zweck zu behandeln.

Durch das Liebesgebot werden so alle innerweltlichen Institutionen relativiert. Andererseits hebt Christus diese Institutionen, wie z. B. den Staat, und die damit verbundene Ausübung von Gewalt nicht schlechterdings auf. Wir können darum nicht die Liebesforderung der Bergpredigt als Forderung absoluter Gewaltlosigkeit im Sinne eines universellen Gesetzes verstehen. Wohl gemerkt, „absoluter Gewaltlosigkeit“, die also nicht nur dem Soldaten, sondern auch der polizeilichen und richterlichen Gewalt, der Erzwingbarkeit des Rechtes usw. keinen Raum ließe, da Schützen unter Umständen Gewaltanwendung fordert. Wenn Gewalt dem wirklichen Verbrechen selbst wehrt, ist sie nicht böse, sondern erscheint dann vielmehr als Liebe in fremder Gestalt. Absolute Gewaltlosigkeit führt geradezu zu Anarchie und Gewalttätigkeit. Sie ist nicht Forderung des neutestamentlichen Liebesgebotes, sondern gesetzliches oder schwärmerisches Mißverständnis desselben.

Die bedingte Berechtigung von Gewaltanwendung gilt nicht nur für den einzelnen (individuelle Notwehr), sondern auch für die Gesellschaft.

Dem Staat kann nicht prinzipiell das Recht auf Notwehr gegen äußere Feinde zum Schutze der Bürger abgesprochen werden. Von daher sind wir auch nicht der Meinung, daß rigoroser Pazifismus (der bereits etwas anderes ist als absolute Gewaltlosigkeit!) als unabdingbare allgemeine Forderung

*) Unveränderter Nachdruck des unter demselben Titel erschienenen Aufsatzes des Verfassers in der Zeitschrift *Der katholische Gedanke*. Auch an dieser Stelle danken wir dem Verlag Josef Habel, dem Herausgeber und dem katholischen Akademikerverband für die Nachdruckerlaubnis.

sich mit Recht auf die Schrift berufen kann. Das Zeugnis der Gewaltlosigkeit einzelner soll damit nicht entwertet werden. In diesem Sinne entstand im Mittelalter die Lehre vom „gerechten Krieg“, die nicht den Krieg in sich rechtfertigen will, sondern lediglich besagt, daß nicht jede Beteiligung an jedweder Kriegshandlung unterschiedslos Sünde ist. Der Terminus „gerechter Krieg“ bedeutet also inhaltlich richtiger: berechnete Verteidigung.

Wie die biblische Forderung der Gewaltlosigkeit nicht absolut verstanden sein will, so gibt es auch kein absolutes Recht auf Notwehr und Selbstverteidigung.

Verteidigung ist berechnete nur in gewissen Grenzen. Nach allgemeiner katholischer Auffassung kann der Fall eintreten, wo man verpflichtet ist, auf Verteidigung zu verzichten und bereit sein muß, lieber die „Ungerechtigkeit auf sich zu nehmen“ (Pius XII.); dann nämlich, wenn eine wirksame Selbstverteidigung ihrerseits nur durch direkt gewolltes Unrecht-Tun (und nicht nur Unrecht-Zulassen) möglich wäre (Geiseler-schießung, Folterung) und die Schäden der Verteidigung in keinem Verhältnis mehr zur erduldeten Ungerechtigkeit stünden (atomarer Weltkrieg).

Wir meinen nun, daß die Anwendung atomarer Waffen jenseits der Bedingungen einer berechneten Verteidigung liegt. Die Existenz der ABC-Waffen stellt alle bisherigen Lehren vom gerechten Krieg in Frage, da diese Waffen ein qualitatives Novum darstellen. (Keine Unterscheidung von Kämpfenden und Nicht-Kämpfenden; Mitleidenschaft unbeteiligter Nationen; Erbschäden künftiger Generationen; Selbstvernichtung des Verteidigers.) Vom Krieg als Mittel der Rechtswahrung kann nicht mehr die Rede sein. Auch die moderne Strategie der gestuften Abschreckung bietet kaum eine praktische Lösung, da jedem modernen Krieg die Gefahr der Eskalation in nicht abzuschätzendem Ausmaß innewohnt.

Es ist also nicht angängig, die immer nur abstrakt und allgemein entwickelte Lehre vom gerechten Krieg ungeschichtlich einfachhin auf jeden faktischen Krieg „anzuwenden“. Die neue geschichtliche Lage zwingt uns vielmehr, „in ganz neuer Einstellung an die Frage des Krieges heranzugehen“ (Pastoral-konstitution „Kirche und Welt“, Nr. 80).

Nach Pius XII. müssen Verteidigungsmittel, deren Wirkung sich der Kontrolle des Menschen völlig entzieht, „als völlig unsittlich verworfen werden“; Ihre Anwendung ist „aus keinem Grunde erlaubt“, also auch nicht aus Gründen der Verteidigung. Pius XII. läßt zwar die Frage offen, welche solche Mittel seien. Er gibt nur das allgemeine theologische Prinzip an, daß es solche Waffen geben kann, überläßt aber in weiser Zurückhaltung die quaestio facti dem Sachurteil der Fachleute.

Pius XII. klammert also einerseits nicht diese so entscheidende Frage aus der theologischen Betrachtung aus, um sie in einem vermeintlichen Bereich „rein politischer Ermessungsfragen“ zu verweisen; andererseits will er nicht mit dem Anspruch des Glaubens in wissenschaftliche Einzelfragen hineinreden. Wir berühren hier die Frage der Berechnung und der Grenzen der

kirchlichen Paralyse, des kirchlichen Mahnwortes. Die Grenzen der Amtskirche sind hier zu beachten. Diese hat sich in ihren Verlautbarungen auf mehr grundsätzliche Aussagen zu beschränken. Im Gegensatz zum weltlichen Engagement einzelner Christen und christlicher Gruppen.

Die Zurückhaltung in den Ansprachen Pius XII. hat dann nach dessen Tod allerdings Anlaß zu verschiedenen Interpretationen gegeben, so daß Atomwaffengegner, wie auch solche die zur Verteidigung mit Atomwaffen bereit waren, sich in gleicher Weise auf Pius XII. beriefen.

Jedenfalls darf wohl nach dem Urteil aller ernstzunehmenden Sachkenner festgestellt werden, daß spätestens mit den Wasserstoffbomben die von Pius XII. in abstracto genannten Bedingungen gegeben sind. Die Frage, ob die Anwendung von Atom- und Wasserstoffbomben noch statthaft sei, scheint sich auch das Konzil zu äußern, obgleich zugegeben werden muß, daß das uns betreffende Schema über Kirche und Welt wegen seiner einzigartigen Entstehungsgeschichte Aussagen enthält, die nicht immer leicht zu harmonisieren sind. Jedenfalls heißt es im Konzilstext wörtlich: „Darum erklärt diese Synode, indem sie sich die schon von den letzten Päpsten ausgesprochene Verdammung des totalen Krieges zu eigen macht: Jede Kriegshandlung, die unterschiedslos auf die Zerstörung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Einwohner ausgerichtet ist, ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen, das eindeutig und ohne Zögern zu verwerfen ist.“ (Nr. 80)

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich die unbedingte Verpflichtung, alle denkbaren Möglichkeiten zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung auszuschöpfen. Die rigorose Forderung einseitiger Abrüstung und die globale, undifferenzierte Verurteilung eines Rüstungsgleichgewichts auch innerhalb der Klammer einer gewissen Schonfrist erscheinen jedoch als bedenkliche Vereinfachung der komplexen geschichtlichen Situation.

Krieg und Kriegsrüstungen müssen trotz enger Verbindung auseinandergehalten werden. Die Alternative in ihrer letzten Zuspitzung, vor der jeder christliche Politiker steht, heißt nur: was ist schlimmer: atomarer Weltkrieg oder (kommunistische) Weltdiktatur? Wollen wir uns vor Vereinfachungen hüten, müssen wir auch fragen, ob der Krieg selbst mit dem Risiko eines einseitigen Rüstungsverzichts oder mit dem Risiko des Rüstungsgleichgewichtes eher zu verhindern ist. Es gilt, die Paradoxie der gegenwärtigen geschichtlichen Situation zu erkennen. Im „logischen Selbstwiderspruch“ (Helmut Thieleck) bedeutet ein bedingtes Ja zur Atomrüstung nicht gleich ein Ja zum Atomkrieg. Der mit dem Rüstungsgleichgewicht gegebene beiderseitige „Unbereitschaftseffekt“ kann paradoxerweise für eine – zwar immer ungewisse – Frist den Krieg verhindern und so den Raum für die positive politische Friedensarbeit offen halten. Ähnlich das Konzil! Die Konzilsväter unterscheiden zwischen Anwendung von ABC-Waffen und deren „Anhäufung“ zu dem Zweck, „einen möglichen Gegner abzuschrecken“ (Nr. 81). Freilich: Androhung ohne letztlich doch vorhandene Bereitschaft zur Anwendung ist unwirksam. Darum warnt der Konzilstext wiederum vor sorg-

losem Vertrauen in das Rüstungsgleichgewicht (Nr. 81). Dieses kann nur den Charakter eines Moratoriums haben, innerhalb dessen politische Wege gesucht werden müssen zum Abbau der Spannungen und Aufbau von Verständigung und Frieden unter den Völkern (Nr. 82 bis 90). Offenbar sind sich die Konzilsväter der Komplexität des Problems bewußt. Sie hüten sich vor einer zu engen, kasuistischen Moral, die da glaubt, daß es auf jede Frage nur eindeutig richtige und falsche Antworten gäbe. Es handelt sich vielmehr um die Situation einer echten Sackgasse, eines Dilemmas, aus dem nur ein geschichtlicher Prozeß mit vielen kleinen Einzelschritten und begrenzten Teilrisiken herausführen kann. In dieser komplexen Situation respektiert das Konzil in gleicher Weise den Gewissensentscheid des Wehrdienstverweigerers (Nr. 78) wie des Soldaten (Nr. 79).

Die Gefahr des Atomkrieges wird nicht gebannt durch einseitige Fixierung der politischen Anstrengungen auf die Abrüstung, sondern durch eine gleichzeitige positive Strategie des Friedens.

Diese letzte These scheint von praktischer Wichtigkeit zu sein. Ein zeitweiliger Stillstand politischer Abrüstungsverhandlungen muß nicht einen Stillstand konstruktiver Friedensarbeit bedeuten! Die einseitige Fixierung der Friedensarbeit auf die Abrüstungsfrage birgt sogar die Gefahr, das Problem zu verschieben. Denn die Rede vom qualitativen Unterschied des atomaren Krieges ist nicht ganz unbedenklich. Sie könnte zum Mißverständnis führen, nur der Atomkrieg sei zu ächten, und der konventionelle Krieg könne gerechtfertigt werden. In Wirklichkeit ist seit der Existenz der atomaren Waffen jeder Krieg in Gefahr, in einen atomaren Krieg umzuschlagen. Wir sollten lieber sagen, daß am modernen Krieg der Irrsinn und die Sünde des Krieges überhaupt in nie dagewesener Weise offenbar werden, so daß die Christen heute, auf Grund dieser Erkenntnis, die andere Generationen nicht haben konnten, in ebenfalls nie dagewesener Weise zum Einsatz für den Frieden verpflichtet sind. Ferner: da die einmal erworbene wissenschaftlich-technische Kenntnis nicht aus der Welt zu schaffen ist, bannt selbst eine allgemeine Abrüstung die Atomkriegsgefahr nicht endgültig. Die Gefahr eines Atomkrieges wird nur gebannt, wenn der Krieg überhaupt unmöglich wird. Die Gefahr eines Krieges wiederum ist nicht zu beseitigen, solange die herkömmliche Souveränstaatlichkeit existiert, sondern erst, wenn die Menschheit sich zu einer – wie auch immer gedachten – überstaatlichen, weltumspannenden Gemeinschaft zusammengefunden hat. Die vornehmste Aufgabe der Friedensarbeit wird somit im Gespräch über den Zaun, im Abbau des Freund-Feind-Schemas, im Abbau nationaler, rassischer, sozialer, ideologischer und religiöser Vorurteile liegen.

Eine Bemerkung zum Heimatrecht:

Theologische Äußerungen zum Heimatrecht müssen im Zusammenhang mit dem theologischen Problem der Rechtsbegründung überhaupt gesehen werden. Der theologische Rechtsgedanke enthält nicht nur den Begriff des bestehenden, sondern auch den Begriff des entstehenden Rechts. Damit macht die Theologie mit der geschichtlichen Wandelbarkeit und Veränderlichkeit

des Rechts, auch des sogenannten Naturrechts ernst. Die Aufgabe der geschichtlichen Rechtsfindung muß im Horizont der Verheißung einer universalen, endzeitlichen Versöhnung gesehen werden. Unter diesem Aspekt bekommen die herkömmlichen Vorstellungen vom Heimatrecht einen immer nur vorläufigen Sinn. Die Exodus-Situation, d. h. das ständige Herausgerufen-sein aus Bindungen an innerweltliche Institutionen ist in der neutestamentlichen Gemeinde nicht abgeschafft, sondern eher verstärkt. Da darf man sich fragen, ob im Hinblick auf einen möglichen Weltkonflikt eine Versöhnung durch Berufung auf ein vermeintliches absolutes Recht gefährdet werden darf. Zwar ist die Bannung des Krieges in einer möglichen Weltgemeinschaft noch nicht dasselbe wie der neutestamentliche Friede, den uns Christus gegeben hat und den die Welt nicht geben kann. (Joh 14, 27) Die Sünde der Menschen führt immer wieder zu neuem Unfrieden. Selbstsucht, Lieblosigkeit und Haß kommen auf immer neue Weise zum Ausdruck. Das aber ist kein Grund, den Mächten der Bosheit resigniert freien Lauf zu lassen. Die endzeitliche Hoffnung entläßt die Christenheit nicht aus ihrer weltlichen Verantwortung für den Frieden.

Literaturhinweise: Zur innerkatholischen Diskussion:

„Kleines Konzilskompendium“, Herder-Bücherei Nr. 270/73, S. 536–539: „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“ – Handbuch der Theologischen Grundbegriffe I (Fries), Kösel, München, Artikel „Friede“ (E. Bieser) – „Atomare Kampfmittel“, Diskussionsbeiträge deutscher Katholiken, 1960, Kösel, München – „Kann der atomare Krieg ein gerechter Krieg sein?“, Studien und Berichte der Kath. Akademie in Bayern, Heft 10, Karl Zink Verlag, München, 1960 – „Concilium“ Heft 5 1960 (Beiträge: F. Böckle, Th. Westow und C. van Ouwerkerk) – „Dienst am Frieden“, Johannes Hirschmann, in Stimmen der Zeit, 8 1966, Herder, Freiburg.

Zur innerprotestantischen Diskussion:

„Frieden im wissenschaftlich-technischen Zeltalter“, S. Howe u. H. W. Tödt, Kreuz-Verlag, Stuttgart, 1966 – „Atomzeitalter – Krieg und Frieden“, Herausg. S. Howe, Ulstein Taschenbuch Nr. 614 – „Die Christen und die Atomwaffen“, H. Gollwitzer, Kaiser-Verlag, München, 1957 – „Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik“, H. Thielecke, Mohr, Tübingen, 1958 – „Christusbekenntnis im Atomzeitalter?“ Herausg. E. Wolf, Kaiser-Verlag, München, 1959.

Spiegel des kirchlichen Lebens

Dieser Teil unseres Heftes ist diesmal recht umfangreich. Einmal, weil die Übersicht über die wichtigsten Nachrichten im Heft 22 zu kurz gekommen ist, dann aber auch, weil sich Schwerpunkte ergeben haben, die als besonders wichtig anzusehen sind. Zunächst kommt in dem Artikel „Sinn und Aufgabe einer studentischen Verbindung heute“ der Senior des K.St.V. Westmark im K.V. zu Wort.

Die Nachrichtenauswahl ergibt an besonderen Schwerpunkten:

- Misereor — Adveniat
- Ehe — Familie
- Laienarbeit
- Dankbriefe

cand. med. Norbert Rohm

Sinn und Aufgabe einer studentischen Verbindung heute!

Vortrag vor dem Königsteiner Offizierkreis am 27. Februar 1967 in Bonn

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich mit dem eigentlichen Vortrag beginne, erlauben Sie mir bitte Sie ein wenig mit der Verbindung bekannt zu machen, als deren Vertreter wir heute abend zu Ihnen gekommen sind. Ich möchte das tun, nicht nur damit Sie bei Ihren Söhnen für uns Propaganda machen, sondern weil es die verschiedensten Verbindungen mit den verschiedensten Zielen und Prinzipien gibt. Wenn Sie wissen, daß wir einer katholischen, nicht schlagenden und nicht farbentragenden Verbindung angehören, werden Sie sicher einige meiner Äußerungen besser verstehen können.

Unsere Westmark ist im Mai 1919 aus der alten Bonner Verbindung Arminia entstanden, die selbst zu den sechs Gründungsvereinen unseres Verbandes gehört. Die Arminia war damals mit 150 aktiven Mitgliedern schon zu groß, um noch ein echtes Verhältnis unter den Aktiven und zwischen Aktiven und Alten Herren entstehen zu lassen. Während des Dritten Reiches wurden – wie Sie ja sicher wissen – unsere Verbände dann verboten. Als wir uns nach dem Kriege dann wieder konstituierten, kam die Aktivitas der Görres-Langemark zu uns, sehr zum Leidwesen ihres Alten Herrn Prof. Friesenhahn, der damals Rektor der Universität war. Man darf aber sagen, daß die Westmark heute nach all diesen anfänglichen Geburtswehen gesund und fundiert dasteht. Sichtbares Zeichen dafür ist das schöne eigene Wohnheim in Beuel direkt am Rhein gelegen, das wir vor einigen Monaten beziehen konnten.

In diesem Semester hat nun Herr Major Fettweis im Rahmen eines Diskussionsabends über Kriegsdienstverweigerung bei uns gesprochen, und er wird Ihnen über unser augenblickliches Verbindungsleben sicher etwas erzählt haben. Ich spreche heute abend jedoch nicht zu Ihnen, um mich für Ihren Vortrag — Herr Major Fettweis — bloß zu revanchieren oder um mich einer mehr oder weniger angenehmen Pflicht zu entledigen! Ich bin vielmehr gerne zu Ihnen gekommen, weil ich mich freue, diesen Abend in Ihrer Gemeinschaft verbringen zu dürfen, und weil ich hoffe, daß wir bei dem aktuellen Thema anschließend in eine anregende und fruchtbringende Diskussion kommen. Wie aktuell das Interesse an den Verbindungen ist, können Sie fast täglich an den Berichten in der Presse verfolgen. Ob Sie damals die Affäre im Kloster Andechs nehmen, ob Sie spezielle Studentenzeiten wie z. B. „akut“ nehmen, oder gar die letzte Spiegelnummer über das Keuschheitsprinzip der Bubenreuther Burschenschaft, — überall zeigt sich wachsameres und wachsendes Interesse der Gesellschaft an den Vorgängen in und um studentische Verbindungen. Daß dieses Interesse auch zahlenmäßig durchaus berechtigt ist, wird klar, wenn man bedenkt, daß es allein in Bonn etwa 35 Verbindungen gibt und daß heute 40 % aller Studenten korporiert sind.

Gestatten Sie mir bitte, nun noch kurz das Thema des heutigen Abends zu durchleuchten. Ich soll also zu Ihnen sprechen über „Sinn und Aufgabe der studentischen Verbindung heute“. Herr Major Fettweis hat dem Thema durch das kleine Wort „heute“ schon einen nicht zu übersehenden Akzent gegeben. Es ist ja die große Frage, ob unsere Verbindungen heute in unserer industrialisierten, nüchternen, technisierten Welt noch einen Sinn haben. Außenstehenden erscheinen unsere Bünde ja oft als Relikte aus der Romantik. Man macht uns ja oft den Vorwurf wir würden aus einer alten, verstaubten und muffigen Tradition heraus leben. Wenn das so wäre, hätten wir als Gemeinschaft zweifellos unsere Aussagekraft für unsere Zeit und damit unseren Sinn verloren. Ich möchte an dieser Stelle nur andeuten, daß ich die kleine provokatorische Spitze durchaus verstanden habe. Im Laufe des Vortrags werde ich versuchen, darauf eine Antwort zu geben.

Um einen gedanklich klaren Aufbau zu haben, möchte ich Ihnen zunächst die Aufgaben einer studentischen Verbindung aufzeigen, so wie ich sie sehe. Ihr Sinn wird dann im wesentlichen davon abhängen, wie weit diese Aufgaben in der Praxis realisiert werden. Da meine Aussage hier naturgemäß subjektiv gefärbt sein wird und es einfach unmöglich ist, eine für alle Verbindungen zutreffende Aussage zu machen, möchte ich mich auf die Dinge beschränken, die wohl das tragende Fundament jeder Verbindung sind.

Meiner Ansicht nach lassen sich die fundamentalen Aufgaben einer Verbindung in drei große Gebiete unterteilen. Wenn man sie ihrer steigenden Bedeutung nach aufzählen wollte, würde ich zuerst die *erzieherische Aufgabe* nennen. Ich habe mir lange überlegt, ob ich das so in dieser krassen und deutlichen Form bei Ihnen aussprechen soll, zumal ich annahm, daß auch einige junge Menschen heute abend hier anwesend seien. Als junger Mensch hört man ja das Wort „Erziehung“ prinzipiell nicht gern. Die älteren Herren unter Ihnen werden zumindest die Stirn runzeln und

fragen: „Wie kann man in einem Alter erziehen wollen, in dem man sicher mit eigenen Problemen noch vollauf zu tun hat?“ Da muß ich Ihnen unbedingt recht geben! Als Einzelner können wir natürlich nicht erziehen, aber wir können erziehen als Gemeinschaft, als Gemeinschaft, die getragen ist von einer lebendigen Tradition und zu der nicht nur die Aktiven gehören, sondern auch unsere Alten Herren. Wir haben ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu unseren Alten Herren und die Folge davon ist, daß viele von Ihnen oft und gerne zu uns kommen. Sie können sich sicher vorstellen, daß allein schon die Anwesenheit von Menschen, die heute durchweg voll und anerkannt im Beruf stehen, die aber auch unserem Lebensbund über Jahrzehnte die Treue gehalten haben, — daß allein schon deren Anwesenheit bei uns jungen Menschen Achtung aufkommen läßt, uns zurückhaltender (nicht schüchterner), aufmerksamer aber auch aufnahmebereiter macht. Man könnte das vielleicht als eine Art indirekter psychologischer Erziehung beschreiben. Daß uns unsere Alten Herren auch betrefis Umgangsformen manches Beispiel geben können, brauche ich nicht ausdrücklich zu erwähnen. Bei der Frage nach der Fähigkeit zu erziehen, ist aber nicht nur bedeutsam wer erzieht, sondern auch worin, im Hinblick worauf man erzieht. Hier möchte ich nochmals betonen: Wir richten unser Augenmerk primär nicht darauf, schlechte Charaktereigenschaften bei einem Kommilitonen auszumerzen, oder positiv gesehen, ihn in einer „sogenannten Gesinnung“ zu prägen — wie Prof. Jürgen Weber aus Braunschweig es nannte. Das ginge sicher über unser Urteilsvermögen und über unsere Kräfte. Wir versuchen in der Verbindung nur eine erzieherische Funktion in den Dingen auszuüben, die zum täglichen Rüstzeug eines jeden von uns gehören sollten. Das sind — um konkret zu werden — die Umgangsformen, z. B. die Form der Begrüßung. Man lernt bei uns in der Fuchsenstunde Gäste zu empfangen, man lernt, wie man wen anreden muß, man lernt einen ordentlichen Briefkopf aufzusetzen, eine Anrede zu formulieren. Gemeinsam unterhält man sich dort über Fragen der Kleidung, was man zu welcher Gelegenheit anzieht und last not least wird dort über das Benehmen gegenüber den Damen gesprochen. Sie sehen also, das sind alles Dinge, die in jedem Anstandsbuch stehen und die man sich einfach anpauken muß. Daß wir von unseren Bundesbrüdern Korrektheit, Pünktlichkeit und Ordnung verlangen ist selbstverständlich.

Sie werden mir jetzt sagen, was haben Sie da alles profane und selbstverständliche Beispiele aufgezählt? Wollen Sie in der Verbindung bei Ihren Bundesbrüdern etwa eine versäumte Kinderstube nachholen? — Darauf werde ich Ihnen antworten: Gutes — oder besser gesagt — richtiges Benehmen ist keine Selbstverständlichkeit und nicht immer ein Maß für eine gute Kinderstube. Leider gibt es ja viele Familien, in denen auf alle diese Fragen des richtigen Benehmens zu wenig geachtet worden ist. Dann wird es aber höchste Zeit, daß ein junger Mensch das in unserem Alter noch lernt. Wenn Sie z. B. zu irgendeiner Aufgabe jemanden einstellen wollen, dann erwarten Sie selbstverständlich, daß er berufliche Qualifikationen hat. Sie werden aber von ihm angetan sein, wenn er Ihnen auch noch höflich begegnet.

Sie müssen auch bedenken, daß der Student ja mit Beginn seines Studiums meist in einen völlig anderen Lebensbereich eintritt. Während er früher

vielleicht nur zu einer Party bei Freunden eingeladen wurde, nimmt er jetzt schon mal an einem Ball teil, er wird auch heute noch bisweilen von seinen Professoren eingeladen, es kann sich ihm die Gelegenheit bieten, an einem Empfang teilzunehmen! Diese neue Umgebung entschuldigt durchaus die anfängliche Unsicherheit in Fragen der Umgangsformen, die fast alle jungen Studenten zunächst befällt. Und wir als Verbindungen, suchen da Hilfeleistung zu geben, indem wir diskrete, bisweilen aber auch ganz deutliche Winke geben. Das soll nun aber nicht heißen, daß alle Verbindungsstudenten sich gut benehmen würden und noch weniger, daß alle anderen sich nicht benehmen könnten! Wir haben uns da also nie als alleinseligmachend betrachtet! Zweifellos kommt es zu einer Überspitzung, wenn aus den Umgangsformen ein Kult gemacht wird, der für Außenstehende nur noch wenig einsichtig ist. Wir lehnen deshalb auch das Tragen von Coleur mit allen seinen Konsequenzen ab. Man sollte nicht versuchen, aus einem Menschen eine Anstandsmaschine zu machen! Entscheidend ist, daß hinter aller äußeren Form echte Innere Höflichkeit steht.

Als zweite wesentliche Aufgabe einer studentischen Verbindung sehe ich die Verpflichtung zur geistig-staatsbürgerlichen Bildung! Ich sage das absichtlich in dieser Reihenfolge, weil man sich in Deutschland zu lange den Staatsbürger ohne Geist gewünscht hat, und weil man gerade in jüngster Zeit wieder den Versuch miterleben darf, Politik ohne Ratio und nur mit Emotionen und mit lautstark vorgetragenen Pauschalurteilen zu machen. Der Erfolg dieser Versuche verpflichtet uns zu doppelter Wachsamkeit. Wenn ich eben als unsere Aufgabe die geistige Bildung nannte, dann dürfen Sie das zunächst ruhig einmal in dem Sinne von wissenschaftlicher Ausbildung verstehen. Sie ist ja die Grundlage für berufliche Qualifikation und den Aufbau einer Existenz. Natürlich erwirbt man sich diese wissenschaftliche Ausbildung in der Universität, aber in unseren Verbindungen haben wir dafür Sorge zu tragen, daß das Bemühen um den eigenen Beruf auch ernst genommen wird. Wir müssen bei uns ein Klima pflegen, das zum Studium anregt. In der Praxis sieht das so aus, daß wir durchaus einmal jemandem ernstlich ins Gewissen reden, wenn er aus eigener Bequemlichkeit seine Testate nicht besteht oder eine Prüfung immer wieder aufschiebt. Weiter geschieht es sehr oft, daß sich Bundesbrüder gerade vor Prüfungen zusammensetzen und eine gemeinsame Examensvorbereitung machen. Es ist sicher nicht indiskret, wenn ich Ihnen sage, daß unsere Examensergebnisse bestimmt nicht unter dem Durchschnitt liegen und daß wir zur Zeit fünf junge Bundesbrüder haben, die eine Assistentenstelle an der Bonner Universität bekleiden, Von ihnen waren drei Senioren unserer Verbindung, also bestimmt nicht diejenigen, die abseits von Verbindungsleben stehen. Zwei weitere Bundesbrüder erhielten ein Stipendium zum Studium in England bzw. Amerika. Ich sage das nicht, um damit von Ihnen groß zu tun, sondern weil das so gar nicht zu dem Bild paßt, das man in der breiten Öffentlichkeit von Verbindungsstudenten hat. Man hält uns so oft für akademische Gammler, die jahrelang auf Vaters oder Staatskosten studieren. Der medizinische Fachausdruck „Korporiertenleber“ spricht uns ja noch eine besondere Potenz im Hinblick auf den Alkoholkonsum zu. Besser als ich es je vermöchte wird dieses Bild gezeichnet in einer Charakterstudie über den

ehemaligen Bonner Privatdozenten Wenzel-Kriemer, die vom Archivar der Bonner Universität herausgegeben wurde. Weil er so köstlich ist, möchte ich Ihnen diesen modus vivendi nicht vorenthalten: „Vier Monate lang zog er ohne eine vernünftige Tätigkeit von Universität zu Universität; er beglückte mit seiner Gastrolle Jena, Erlangen, Freiburg, Heidelberg, Marburg, Gießen und Göttingen. Ein Duell reihte sich an das andere – Insgesamt waren es 19 –, zweimal wurde er relegiert, zweimal erhielt er das consilium abeundi. In seiner äußeren Aufmachung ahmte er einen Studienfreund nach, der mit ihm im Freicorps Lützow gedient hatte und den er in Göttingen wiedersah: Er trug langes, über die Schulter herabwogendes Haar, einen langen Bart, den Hals und die stark behaarte Brust bloß und offen, altdeutschen Rock und Baret, scharlachrote Pumphosen mit goldenen Tressen auf beiden Seiten besetzt, ungeheure Sporen, eine mächtlge Pfeife in der einen und eine furchtbare Keule in der anderen Hand, eine Mappe unter dem Arm, die aber bloß Kartenspiele enthielt; ein großer Neufundländer ging ihm immer zur Seite.

Das Wiedersehen der beiden war nur kurz; wenige Tage später tötete der Freund einen Gegner im Duell und floh auf preußisches Gebiet. Kriemer war ein Renommist geworden. Wo immer ein Tanz war, und war es auch in der elendsten Kneipe, da fehlte er gewiß nicht, ebensowenig bei Kommersen, Spezialsätzen, Landesvätern, Extragängen, Durchholzungen, Prügeleien, Paukieren, und es fehlte nur noch, daß er auch spielte. Freimütig bekannte er später, daß er am Rande seines Abgrundes gestanden habe. Offensichtlich hat er bei diesem zügellosen Freiheitsrausch als Draufgänger in Bacchio et Venere das ganze für sein Studium bestimmte Geld vertan.“

Die Zelten dieses Verbindungslebens sind wirklich vorbei, aber die ersten, die das begriffen haben, waren wir Verbindungsstudenten. Wir haben sehr wohl erkannt, daß die berufliche Quafifikation nicht nur Grundlage für die eigene Existenz ist, sondern auch Ausgangspunkt für ein breiteres Wirken in der Gesellschaft. Mit der eigenen guten, fachlichen Ausbildung dürfen wir uns jedoch nicht begnügen. Sicher ebenso bedeutsam ist es, einen jungen Akademiker über sein Fachwissen und Spezialistentum hinauszuführen zu einem Blick auf den Gesamtzusammenhang der geistigen Welt. Reines Spezialistentum endet in einer wissenschaftlichen Sackgasse und führt zu menschlicher Verarmung. Was wäre die Medizin ohne Physik und Chemie? Wo endet die wissenschaftliche Ausbildung eines Atomphysikers ohne menschliche und moralische Qualitäten? Was bleibt von der eigentlichen Berufung eines Theologen, Mediziners oder Juristen, wenn er sich nicht auf seine Mitmenschen einstellen kann? Ich habe Ihnen in diesen Beispielen absichtlich schon die Folgen einer rein wissenschaftlichen Spezialausbildung aufgezeigt. Sie führt fast zwangsläufig zu Isolation, Fanatismus und Engstirnigkeit. Nur Menschen mit einem soliden fachlichen Grundwissen, aber einem weiten offenen Horizont werden unsere Zukunft positiv gestalten können.

Ich wüßte keine Gemeinschaft, die diese Aufgabe so ernsthaft und so erfolgreich betreibt wie unsere studentischen Verbindungen. Bei uns treffen sich junge Studenten aller Fachrichtungen, die miteinander in einem echten Ge-

sprach stehen. In der Universität wird doziert, bei uns ist man Gesprächspartner. Hier werden nicht nur über fachliche Fragen Meinungen ausgetauscht, sondern auch über allgemein interessierende Probleme. Aus unseren Programmen sehen Sie die Themen der Vorträge aus den letzten Semestern. Ähnliche oder sogar bessere Vorträge kann man in der Universität auch hören. Aber bei uns steht doch ein viel höherer Einsatz dahinter! Man hat zumindest in unseren Vorständen die Möglichkeit, die Themen selbst auszuwählen, und meist wählt man ein Thema, das schon monatelang vorher diskutiert wurde oder von starkem augenblicklichen Interesse ist. Bei der Vorbereitung dieser Vorträge kann man seine organisatorischen Fähigkeiten entdecken oder entwickeln. Im Anschluß an den Vortrag wird oft mit dem Referenten diskutiert, so daß es von einem genießenden Zuhören immer mehr zu einem aktiven Mitarbeiten kommt. Daß dies eine tieferer Form der geistigen Aufnahme darstellt, werden Sie mir zugeben. Unsere Konvente sind ein demokratisches Forum, an dem sich manches andere Gremium ein Beispiel nehmen könnte. Hier lernt man ohne jedes Intrigenspiel Stellung zu nehmen und aufbauende Kritik zu üben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein schönes Sprichwort heißt: Ein Vortrag soll sein wie das Gewand einer Frau, lang genug um alles zu umfassen und kurz genug um das Interesse wachzuhalten! Im Augenblick sind zwar Miniröcke modern, aber gestatten Sie mir, daß ich noch kurz auf die staatsbürgerliche Bildung in unseren Verbindungen eingehe.

Wir sind keine politischen Studentengruppen. Wir versuchen auch keine Politiker heranzuzüchten! Zum Politiker muß man geboren sein, wie zum Künstler oder zum Arzt. Wir versuchen aber Eines: nämlich aus unseren Bundesbrüdern echte Politen zu machen, wie das alte Griechenland sie kannte. Wir möchten Menschen heranbilden, die ihre Verantwortung für das Gemeinwesen erkennen und übernehmen. Der erste Schritt in diese Richtung ist wohl der, daß man sich täglich über die aktuellen Fragen der Tagespolitik orientiert. Es werden deshalb bei unseren Brandungsprüfungen auch regelmäßig informatorische Fragen über die Politik gestellt. Aktiv in die Politik einzugreifen mag für den einzelnen durchaus berechtigt sein, als Ziel für eine ganze Gruppe halte ich das aber für verfehlt. Unsere Aufgabe ist es – wie Herr Minister Stoltenberg es in der letzten Woche zusammenfaßte –, eine Stimme zu bilden im demokratischen Dialog und auf den Gebieten durch eingehende Erörterungen Entscheidungen wachsen und reifen lassen, die uns zunächst betreffen, nämlich auf dem Gebiet der Bildungspolitik. Leider habe ich gerade bei dieser Rede des Herrn Minister Stoltenberg auf unserem gemeinsamen Kommerz in der Mensa den Eindruck gewonnen, daß man – entschuldigen Sie den krassen Ausdruck – bisweilen versucht, die Studenten nur ruhig zu halten und ein wenig für dumm zu verkaufen, wenn der Herr Minister uns z. B. über unsere lange Studiendauer mit der Bemerkung hinwegtrösten will, daß wir froh sein müßten, zehn Jahre studieren zu können, während ein Lehrling schon mit 14 Jahren an die Drehbank müßte. Mir persönlich würde ein solcher Vorteil von fünf Jahren durchaus schon genügen. Trotz der Vorfälle an der FU-Berlin aber bin ich überzeugt, daß die meisten Studenten heute die Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit sehen. Von

unseren Verbindungen her kann ich nur bestätigen, daß sie sich Ihrer staatsbürgerlichen Aufgabe durchaus stellen.

Lassen Sie mich zuletzt den Versuch unternehmen, Ihnen die krönende Aufgabe und den letzten, tragenden Sinn einer studentischen Verbindung aufzuzeigen. Die tiefste Aufgabe einer studentischen Verbindung besteht in dem Vollzug des Lebensbundes, zu dem sich die einzelnen Mitglieder zusammengeschlossen haben. Diesen Bund jemandem zu schildern, der nicht daran teilhat, muß immer ein Versuch bleiben.

Lassen Sie mich zunächst wieder das Bild korrigieren, das die breite Öffentlichkeit von unserem Lebensbund hat. Sie versteht darunter eine undurchsichtige, verschworene Clique, in der Protektion oberstes Gebot ist. Ich habe vor Ihnen nichts zu verbergen, sonst hätte ich diesen Punkt gar nicht angeschnitten. Protektion in dem Sinne von Schiebung gibt es bei uns nicht! Jeder Alte Herr wird sich hüten, einen Bundesbruder zu fördern, der beruflich und menschlich versagt. Was es aber wohl gibt, und was durchaus berechtigt ist, das ist eine Hilfestellung für den Nachwuchs, der seine berufliche und charakterliche Qualifikation gezeigt und seinen Einsatz bewiesen hat. Ein Lebensbund verlangt einen gewissen Zusammenhalt, auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Aber das ist nicht eine blinde Verschwörung, die Sie auch unter Ganoven finden können. Unser Lebensbund wird getragen von der amicitia. Und bedenken Sie einmal, welcher Mut und welcher Glaube an den Menschen dazu gehört, sich in der heutigen Zeit unter der amicitia als Lebensprinzip zusammenzuschließen, in einer Zeit, in der Neid, Mißgunst und Rücksichtslosigkeit das Handeln bestimmen und Geld und Karriere oberstes Lebensziel sind. Wir halten bewußt an jenem Prinzip fest, weil es ein Bollwerk gegen das Erfolgs- und Zweckdenken unserer Zeit ist und weil es nach außen hin einen Weg aus der damit verbundenen seelischen Verkümmern des Menschen weisen soll. Diese Art von amicitia dokumentiert sich nicht bei gefühlsselligen Bierabend, nicht im Singen von alten Studentenliedern und nicht auf Kneipen und Kommersen. Alle diese Dinge sind gut und notwendig, weil sie das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken, weil der Mensch auch einmal Entspannung braucht, weil er nicht nur ein animal rationale ist.

Die echte amicitia zeigt sich in dem Einstehen füreinander. Sei es, daß wir Aktiven umeinander besorgt sind – wegen irgendwelcher Studienfragen oder irgendwelcher menschlicher Probleme – oder sei es, daß unsere Alten Herren z. B. durch den Bau eines Wohnheimes uns die Möglichkeiten zu einer gesunden und breiten Entwicklung geben.

Amicitia ist weiterhin das „Gespräch“, das wir junge Studenten mit unseren Alten Herren führen dürfen. Dieses Gespräch ist aber mehr als eine bloße Unterhaltung. Ich verstehe darunter einen lebendigen Kontakt, ein herzliches, offenes, vertrauendes Verhältnis zueinander. Das Faszinierende daran ist, daß dies ein Gespräch durch die Generationen ist. Nennen Sie mir eine Gemeinschaft außerhalb der Familie, wo Sie das ebenfalls finden! Sehen Sie, wir junge Menschen brauchen diesen Kontakt, das habe ich auch an anderer Stelle schon wiederholt betont. Es ist einfach nicht wahr, daß wir unseren

Weg allein gehen und alles revolutionieren wollen. Wir brauchen die innere Verbundenheit mit den Generationen vor uns, wir brauchen Ihre Lebenserfahrung und ihre Weisheit.

Ich könnte Ihnen aus nächster Umgebung verschiedene Beispiele aufzählen, wo blutjunge, bisher wohlbehütete Studenten zur Universität kommen und dort — um es deutsch zu sagen — moralisch ganz elend vor die Hunde gehen. Auch hier erwächst der Lebensgemeinschaft unserer Verbindungen; eine große Aufgabe. Welchen Halt manch junger Student in unseren Bünden gefunden hat, läßt sich kaum aufzählen. Denken Sie weiter daran, wieviele Studenten, hunderte von Kilometern von ihrem Elternhaus entfernt studieren und deshalb vielleicht nur alle acht Wochen einmal nach Haus können. Daß diese räumliche Entfernung das Verhältnis zu seinen Eltern ein wenig auflockert, kann man durchaus verstehen. Vielleicht können wir manchem Studenten für seine Studienjahre einen blassen Ersatz für sein Zuhause bieten. Weiterhin kann Ihnen mancher Student begegnen, der seine Eltern liebt, sie achtet und schätzt, der aber nicht einen offenen, intimen Kontakt zu ihnen hat, weil seine Eltern in einem ganz anderen Lebensbereich stehen, weil sie ganz andere Interessen und Probleme haben. Ich könnte Ihnen, da ebenfalls manchen Bundesbruder nennen, der in einem seiner Alten Herren einen väterlichen Freund gefunden hat, wie ihn noch Sauerbruch in seinen Memoiren beschreibt. Erst wenn man am eigenen Leibe diese beglückende Erfahrung der Lebensgemeinschaft gemacht hat, ist man bereit, sich dafür einzusetzen und auch harte Opfer zu bringen. Erst dann versteht man vielleicht auch das emotionale Mitschwingen jenes 80jährigen, jungen Alten Herrn, der — ein Bundesbruder von mir hat das selbst gesehen — der seine Bänder aus den verschiedensten Verbindungen angelegt hatte und nun vor dem alten historischen Gasthaus der Lindenwirtin in Bad Godesberg stand und dort sämtliche Strophen des bekannten Liedes absang. Ich möchte Sie nicht länger strapazieren und zum Schluß nur noch darauf hinweisen, daß bei uns christlichen oder katholischen Verbindungen die Begriffe *amicitia* und Lebensbund durch die Interpretation aus dem Glauben eine tiefere Dimension erhalten. Daß sich in der heutigen Zeit durch eine konfessionelle Blindung sehr viele Probleme ergeben, werden Sie verstehen. Vielleicht können wir darauf aber in der anschließenden Diskussion noch zurückkommen.

Herzlichen Dank!

Misereor — Adveniat

Bei einer Reise im Auftrag des Katholischen Auslandssekretariates (Beuel) besuchte der Frankfurter Architekt Bernhard Weber neun katholische deutschsprachige Auslandsgemeinden in Brasilien und Argentinien. Weber hatte die Aufgabe, die Gemeinden bei der Durchführung ihrer Bauvorhaben zu beraten.

Nach seiner Rückkehr berichtete er, daß alle Bauvorhaben mit großem Idealismus und großer Eigenbeteiligung der Gemeinden durchgeführt würden

und die nur beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel des Katholischen Auslandsekretariats sinnvoll eingesetzt würden. In Villa General Belgrano bei Cordoba besuchte Weber, dessen Reise von Rio de Janeiro über Sao Paulo, Santo André und Buenos Aires nach Cordoba führte, das von ihm geplante und zur Zeit im Bau befindliche Gemeindegelände.

(KNA - 67/1/209)

Die Spendenergebnisse der Fastenaktion „Misereor“ der deutschen Katholiken, die 1967 zum neunten Mal durchgeführt wird, weisen eine stetig ansteigende Tendenz auf. Von 35,5 Millionen DM im Jahre 1959 kletterten sie auf 56 Millionen DM im Jahre 1966. Insgesamt: 386 Millionen DM bei acht Sammlungen. Was geschieht mit den Millionen? Woher kommen die Summen, die einmal eine „Bilanz des Stolzes“ genannt wurden?

Die Millionensummen werden zu 98 % an einem Tag gesammelt. Es ist der Sonntag zwei Wochen vor Ostern, in diesem Jahr der 12. März. An diesem Tag wird in allen Kirchen der Bundesrepublik in allen Gottesdiensten für „Misereor“ geopfert. Die restlichen zwei Prozent der Mittel werden während des ganzen Jahres auf das zentrale Frankfurter Postscheckkonto 9558 unter dem Titel „Gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ eingezahlt. Das Geld kommt also nicht aus den steuerbegünstigten Spendenfonds der Großfirmen, sondern fast ausschließlich aus der Geldbörse des Durchschnittsverdieners.

Dieser hat einen Anspruch darauf, sein Geld sachgemäß verwendet zu sehen. Deswegen wird jedes Hilfsgebet aus Übersee sorgfältig geprüft und bearbeitet.

Ständig wird darauf geachtet, daß die Spenden der deutschen Katholiken auch im Ausland weiter Früchte tragen. In ein Genossenschaftsprojekt in Chile beispielsweise, das einen Kostenaufwand von 800 000 DM erforderte, haben im Laufe von zwei Jahren chilenische und internationale Banken und Organisationen 8 Millionen DM investiert, weil die Genossenschaften erfolgreich und mit Gewinn arbeiten. Ihre Mitglieder waren vor vier Jahren noch arbeitslos.

(KNA)

In der portugiesischen ÜberseeProvinz Macao wurde eine Krankenschwesternschule eröffnet, die mit einer Misereor-Hilfe von 160 000 Mark errichtet worden war. Bischof José Tavares von Macao nahm die kirchliche Einsegnung vor. In der Schule sollen in drei Jahren jeweils 90 bis 100 Krankenschwestern ausgebildet werden. Der erste Kurs hat bereits mit 36 Schülerinnen begonnen. Unterrichtssprache ist Chinesisch.

Nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung werden die meisten Krankenschwestern im nur eine Fahrstunde weit entfernten Hongkong arbeiten, wo immer noch Mangel an Krankenschwestern besteht. Die Leitung der Schule liegt in Händen der Franziskanischen Missionarinnen Mariens.

Der Misereor-Beauftragte für den Fernen Osten, Prälat Carl Vath, Hongkong, überbrachte ein Grußwort des Geschäftsführers des Bischöflichen Werkes Misereor, Prälat Gottfried Dossing. In seiner Ansprache wies Prälat Vath

darauf hin, daß die Hilfe der deutschen Katholiken als Ermutigung zur Selbsthilfe gegeben sei. Prälat Carlo Bayer, Generalsekretär der Caritas Internationalis, regte die Gründung einer eigenen Caritas-Organisation in Macao an. (KNA – 67/III/10)

Für die Misereor-Aktion 1967 liegen bereits 2 500 Anträge auf Unterstützung von Projekten in Asien, Afrika und Lateinamerika vor. Um den Hilfesuchenden voll gerecht werden zu können, würden 350 Millionen DM erforderlich sein. Dies teilte der stellvertretende Geschäftsführer von Misereor, Hans-Peter Merz, auf einer Pressekonferenz in West-Berlin mit. Die Spendenaktion der deutschen Katholiken zur Bekämpfung von Hunger und Krankheit in der Welt, die in diesem Jahr zum neunten Mal durchgeführt wird, hatte 1966 ein Rekordergebnis in Höhe von 56 Millionen DM erbracht.

Wie Merz unterstrich, hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern trotz der Erfolge der kirchlichen Hilfsmaßnahmen noch nicht so reguliert, daß eine notwendige Umstrukturierung möglich geworden wäre. Da es aber eine wachsende Führungsschicht in diesen Ländern gibt, ist die finanzielle Hilfe unbedingt erforderlich, wenn es zu spürbaren Verbesserungen kommen soll.

Seit 1959 wurden von Misereor 386 Millionen DM Spendengelder zur Finanzierung konstruktiver Hilfsmaßnahmen in Afrika, Asien und Lateinamerika eingesetzt. Merz gab bekannt, daß die Westberliner Katholiken mit einer Spendenhöhe von 9,72 DM je Kirchenbesucher im Vergleich zu den übrigen deutschen Diözesen an erster Stelle stehen. Seit Bestehen der Aktion Misereor seien 4 460 Projekte finanziert worden.

Misereor begrüße es, daß die deutschen Katholiken mit ihrer Hilfsaktion nicht mehr allein stünden. Die internationale Zusammenarbeit habe sich verbessert. In weiteren sieben Ländern – Belgien, Frankreich, Schweiz, Österreich, Holland, USA und Kanada – seien ähnliche Hilfsmaßnahmen angelaufen. Hinzu komme, daß auch in den hilfsbedürftigen Ländern, wie in Indien, Hongkong, Argentinien und Brasilien Spendenaktionen gehalten würden. Durch diese „Antwort“ sei eine echte Partnerschaft zwischen den reichen und den armen Katholiken entstanden.

In Nord-Vietnam sei bisher noch kein Projekt von Misereor verwirklicht worden. Merz teilte jedoch mit, daß Verhandlungen mit dem nordvietnamesischen Roten Kreuz im Gange seien, um in Zusammenarbeit mit dem Weltrat der Kirchen Einrichtungen für ein 250-Betten-Krankenhaus nach Nord-Vietnam zu schicken. Misereor sei bereit, die Einrichtung für eine Entbindungs- und eine Frauenstation zu finanzieren. Es werde versucht, Möglichkeiten für Kontrollen zu schaffen, um sicherzustellen, daß die Einrichtungen auch zweckentsprechend verwendet werden. In Süd-Vietnam seien bisher 60 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 7 Millionen Mark verwirklicht worden, die speziell der Flüchtlingsbevölkerung helfen sollten.

Der Berliner Generalvikar, Prälat Walter Adolph, wies auf der Pressekonferenz auf ein Wort Papst Paul VI. hin, daß Frieden Entwicklung der armen Völker heiße. Das deutsche Volk habe in den beiden Weltkriegen bittere

Zeiten des Hungers erleben müssen, und beide Male die Hilfe anderer Völker erfahren. Gerechtigkeit, Klugheit und Dankbarkeit erforderten es, daß das deutsche Volk jetzt anderen Völkern helfe. (KNA — 67/III/24)

Zusammen mit dem chilenischen Episkopat hat der Essener Bischof Dr. Franz Hengsbach, der sich zur Zeit zu einem Besuch in Lateinamerika aufhält, das Grab des vor kurzem tödlich verunglückten Präsidenten des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) und Bischofs von Rancagua, Larrain, in Talca besucht. Am gleichen Tag nahm Dr. Hengsbach an der Weihe für den neuen Bischof von Talca, Carlos Gonzalez, teil.

Bischof Hengsbach hatte in Chile Misereor- und Adveniat-Projekte besichtigt. Der Erzbischof von Santiago, Kardinal Silva, erklärte, daß die Hilfe der deutschen Katholiken die wirksamste und intensivste in der ganzen Geschichte der chilenischen Kirche sei. Die Kirche Chiles trage durch ihre Initiativen für eine Bodenreform, Wohnungsbaugenossenschaften, eine dem Konzil entsprechende Seelsorge wesentlich zum Aufstieg des chilenischen Volkes bei. Viele dieser Initiativen seien erst durch Misereor und Adveniat möglich geworden, wurde Bischof Hengsbach überall versichert. (KNA — 67/III/173)

Ehe — Familie

154 Vorschläge zum Unehelichenrecht legte nach jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit der „Katholische Arbeitskreis für die Reform des Unehelichenrechts“ vor. Die Grundzüge aus diesem Bündel von Vorschlägen sind folgender Darstellung zu entnehmen, die in ihrer Form der recht komplizierten Materie entspricht und wegen der vor allem von der Humanistischen Union gepflegten Auseinandersetzung zu einer präzisen Ausdrucksweise zwingt.

Jedem Sachkundigen ist es klar, daß das Ziel gleicher Entwicklungsbedingungen durch gesetzliche Regelungen nur annähernd erreicht werden kann. Der wesentliche Mangel, unter dem das uneheliche Kind leidet, liegt darin, daß es nicht in einer Familiengemeinschaft mit seinen natürlichen Eltern aufwächst. Zahlreiche Mütter und Väter zeigen zudem nur ein sehr geringes Verantwortungsbewußtsein für ihr uneheliches Kind. Bei realistischer Einschätzung der soziologischen und psychischen Gegebenheiten ist es leicht zu erkennen, daß eine schematische rechtliche Gleichstellung mit ehelichen Kindern, wie sie u. a. von der Humanistischen Union erstrebt wird, zu einer Verschlechterung der tatsächlichen Lage dieser Kinder führen muß.

Der Arbeitskreis will mit guten Gründen die weithin als unglücklich empfundene Formulierung des § 1589 Abs. 2 BGB — „ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten nicht als verwandt“ — durch folgende ersetzen: „Die bürgerlich-rechtlichen Wirkungen der zwischen dem unehelichen Kinde und seinem Vater sowie dessen Verwandten bestehenden Verwandtschaft bestimmen sich nach den Regeln des 6. Titels, §§ 1705 ff.“ Die im Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums vorgesehene ersatzlose Streichung

des § 1589 Abs. 2 BGB ist aus zahlreichen Gründen abzulehnen. Sie führt u. a. dazu, daß das Unehelichenrecht nicht zusammenhängend geregelt werden kann und unübersichtlich wird.

Zur Feststellung der Vaterschaft schlägt der Arbeitskreis in den Grundzügen übereinstimmend mit der Regierung Verbesserungen vor. Als Neuerung ist vor allem die Möglichkeit einer freiwilligen statusbegründenden Anerkennung der Vaterschaft zu nennen, aus der alle Beteiligten dieselben Rechte herleiten können wie aus einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung. Für die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung wird auf Grund der in den letzten Jahrzehnten erzielten Fortschritte der naturwissenschaftlichen Methoden eine verfeinerte Regelung vorgesehen. Ihr Ziel ist es, möglichst sicherzustellen, daß der wirkliche Vater festgestellt wird. Sowohl der Arbeitskreis als auch der Referentenentwurf lehnen die vielfach gewünschte isolierte Übertragung der elterlichen Gewalt ab und wollen es mit Recht bei den bisherigen Möglichkeiten belassen, wonach dem Vater nur dann die elterliche Gewalt zugebilligt wird, wenn das Kind bei Wahrung seiner besonderen Interessen gleichzeitig die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt. Dies ist dann der Fall, wenn der Vater die Mutter des Kindes heiratet, wenn er das Kind für ehelich erklären läßt oder wenn er es adoptiert.

Nach geltendem Recht kann der Vater grundsätzlich nicht gegen den Willen des Personensorgeberechtigten — in der Regel der Mutter — mit seinem unehelichen Kind verkehren. Der Referentenentwurf sieht einen Verkehr gegen den Willen des Sorgeberechtigten vor, wenn „dessen Bestimmung nicht dem Wohle des Kindes entspricht“. Der Arbeitskreis hingegen empfiehlt, im Interesse der unehelichen Kinder keine neue Vorschrift zu schaffen. Selbst wenn man unterstellen wollte, daß in seltenen Ausnahmefällen ein Umgang des Vaters mit seinem unehelichen Kind unterbunden bleibt, obwohl er dem Wohle des Kindes entspräche, ist von einer neuen Vorschrift abzuraten, weil sie zu unbegründeten Anträgen Anlaß gäbe, die in einer relativ erheblichen — mindestens gleichgroßen — Anzahl von Fällen Mütter und Kinder beunruhigen und schädigen. Die außerordentlich schlechten Erfahrungen mit dem Besuchsrecht bei Kindern aus geschiedenen Ehen legen es nahe, den unehelichen Kindern wenigstens die ungestörte Entwicklung bei einem Elternteil zu gewährleisten. Der im Referentenentwurf kraft Gesetzes vorgesehenen elterlichen Gewalt der Mutter stimmt der Arbeitskreis im wesentlichen zu, sofern dessen Regelungen zur Unterstützung der Mutter und zum Schutze des Kindes aufrechterhalten bleiben und regt im Interesse des Kindes Überlegungen zu weiteren Sonderbestimmungen an.

Nach den im Grundsatz übereinstimmenden Vorschlägen des Arbeitskreises und des Referentenentwurfs soll das uneheliche Kind nicht wie jetzt den Mädchennamen der Mutter, sondern den Namen führen, den die Mutter im Zeitpunkt seiner Geburt trägt. Der Arbeitskreis steht jedoch äußerst kritisch den Vorschlägen im Referentenentwurf gegenüber, wonach dem unehelichen Kinde der Name seines Vaters erteilt werden kann. Für die Fälle, in denen das Kind im väterlichen Lebenskreis aufwächst, liegt eine Ehelich-erklärung oder Adoption nahe. Es ist kaum denkbar, daß eine bloße Namensgebung für das Kind wünschenswert ist.

Der Arbeitskreis sieht in Übereinstimmung mit dem Referentenentwurf Verbesserungen des Unterhaltsanspruchs bis zum 18. Lebensjahr vor. Er empfiehlt eine Unterhaltspflicht des Vaters über das 18. Lebensjahr hinaus, wenn das Kind eine angemessene Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen hat, längstens bis zum 25. Lebensjahr. Diese zeitliche Begrenzung ermöglicht es ihm, im Interesse des Kindes dessen vom Referentenentwurf vorgesehene Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem Vater, dessen Eltern und Voreltern abzulehnen. Die im Entwurf vorgeschlagene lebenslängliche Unterhaltspflicht des Vaters gegenüber seinem unehelichen Kinde bringt keineswegs einen Ausgleich. Über die Hälfte der betreffenden Väter erfüllt schon jetzt ihre Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes nicht oder nur unter dem Druck drohender Zwangsbeitreibung.

Als Neuerung gegenüber dem geltenden Recht sieht der Entwurf wie der Arbeitskreis auch eine Unterhaltspflicht der Eltern des Vaters gegenüber dem Kinde vor, freilich der letzere in einer den soziologischen Verhältnissen besser angepaßten Weise. — Da es der Arbeitskreis ein Anliegen der Reform darin sieht, die persönlichen Beziehungen der Mutter zu ihrem unehelichen Kind zu verbessern, empfiehlt er in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Referentenentwurf der Mutter, die durch persönliche Pflege ihres Kindes einer Erwerbstätigkeit nicht nachkommen kann sowie bedürftig ist, gegen den finanziell leistungsfähigen Vater des Kindes einen Unterhaltsanspruch bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes einzuräumen.

Das Anliegen der Reform, die unehelichen Kinder im entwicklungsfähigen Alter zu fördern, kann nicht dadurch erfüllt werden, daß beispielsweise sogar 60jährigen ein Erbrecht gegenüber dem Vater zugebilligt wird. Die Unterhaltsregelungen haben den Vorrang und sollen nach den Vorschlägen auch nach dem Tode des Vaters verbessert werden. Die Väter werden in der Regel ihre eheliche Familie bedenken und daher zu Lebzeiten Vermögensverfügungen vornehmen, die das uneheliche Kind praktisch von einer erbrechtlichen Beteiligung — die der Entwurf in größerem Umfang als die Vorschläge vorsieht, ausschließen. Der Arbeitskreis sieht sie neben ehelichen Abkömmlingen und der Ehefrau u. a. deshalb nicht für gerechtfertigt an, weil diese oft dazu beitragen, durch Arbeit und Sparsamkeit das Vermögen des Erblassers zu vermehren und zu bewahren. Eine erbrechtliche Beteiligung hält er allerdings neben den Erben der zweiten Ordnung — Eltern und deren Abkömmlinge — sowie den Großeltern und Urgroßeltern und ein alleiniges Erbrecht des unehelichen Kindes anstelle der nicht genannten Verwandten für möglich. (KNA-228)

„Der Staat, der Ehebruch unter Strafe stellt, und die Kirche, die diese Möglichkeit bejahren würde, fördern nicht die Heilung, sondern die tiefere Zerstörung der kirchlichen Ehe.“ Diese Auffassung vertritt Dr. Uta Ranke-Heinemann, Tochter des derzeitigen Bundesjustizministers, die seit Mai 1965 den Lehrstuhl für Religionslehre und Methodik des katholischen Religionsunterrichts an der Pädagogischen Hochschule Neuß innehat, im „Echo der Zeit“. Unter „Eheliche Treue durch staatlichen Zwang“ beschäftigt sie sich mit dem

Paragrafen 103 des von der Bundesregierung 1962 vorgelegten Entwurf eines Strafgesetzbuches, nach dem der Ehebruch weiter für strafbar erklärt und das Strafhöchstmaß von bisher sechs auf zwölf Monate Gefängnis erhöht wird.

Dr. Ranke-Heinemann betont, daß der religiöse und kirchliche Begriff von Ehe und Ehebruch mit dem staatlich-rechtlichen nicht gleichgesetzt werden könne, denn:

- nach kirchlicher Vorstellung ist eine nach der Scheidung geschlossene Ehe ein Ehebruch,
- nach staatlichem Recht sei dieser „Ehebruch“ eine rechtlich vollgültige Ehe, die die Partner zur ehelichen Treue verpflichtet.

Nach der zur Zeit bestehenden und weiter vorgesehenen strafrechtlichen Regelung kann also, so folgert Dr. Ranke-Heinemann, ein Ehebruch vorliegen, obwohl nach kirchlicher Auffassung überhaupt keine Ehe besteht. Die katholische Kirche würde also ihren eigenen Grundsätzen widersprechen, wenn sie die geplante strafrechtliche Regelung bejaht. In diesem Zusammenhang spricht die Religionspädagogin von dem allmählichen Wandel, der in der Kirche deutlich werde und zitiert hierzu ein Gutachten des verstorbenen Erzbischofs von Westminster, Kardinal Griffin, sowie mehrfach Prof. Rahner SJ. (KNA - 138)

In einem Hirtenwort zum Ehesonntag verweist der Bischof von Passau, Dr. Simon Konrad Landersdorfer OSB, im Zusammenhang mit einer vor dem Gewissen vertretbaren Geburtenregelung auf die seit Jahren darüber geführten Fachgespräche und die vom Papst zur Beratung dieser Probleme einberufenen Kommission. Der Papst selbst habe „in seiner Gewissenhaftigkeit und angesichts seines weltweiten Hirtenauftrages“ noch keine Entscheidung getroffen. Der einzuschlagende Weg sei also nicht einfach der persönlichen Entscheidung der Eheleute überlassen. Ehepaaren, die mit den bisher von der Kirche als erlaubt erklärten Hilfen der zeitweisen Enthaltsamkeit und der Zeitwahl allein ihr eheliches Leben nicht bewältigen zu können glauben, empfiehlt Bischof Landersdorfer ein offenes Gespräch mit dem Seelsorger und die Beratung durch einen sachkundigen, gewissenhaften Arzt. Auf keinen Fall sollten die mit ihren Schwierigkeiten ehrlich ringenden Ehepaare „in diesen entscheidenden Jahren von der oftmaligen heiligen Kommunion sich ausgeschlossen wissen“.

Zu dem gleichen Themenkreis hatte Walter Dirks kürzlich unter „Bedrängt von Bedrängten — der Papst“ in den „Frankfurter Heften“ Stellung genommen. Zur Geburtenregelung, so führte Dirks aus, sei das „entscheidende Wort“ schon gesprochen: Die Kinderzahl ist Sache der Eltern. Aber: „Wenn man die Hauptsache dem Gewissen der Eheleute überläßt, warum nicht auch das Detail?“ Dirks fragt: Darf der von vielen und am meisten von seinem eigenen Gewissen bedrängte Papst über zwei Meinungen entscheiden, die sich letztlich nicht auf das depositum fidei berufen? (KNA - 142)





„Die vorhandenen soziologischen Untersuchungen lassen weder einen Rückschluß auf Schädlichkeit noch auf Unschädlichkeit des vorehelichen Geschlechtsverkehrs zu“, erklärte P. Waldemar Molinski SJ, Professor an der Pädagogischen Hochschule und an der Freien Universität Berlin. Damit erwiesen sich alle Aussagen, die den vorehelichen Geschlechtsverkehr empfehlen, weil er als Triebbefriedigung und Instinktbefriedigung gut sei und Perversionen verhindere bzw. zur notwendigen Anpassung der Partner vor der Ehe führe, in dieser verallgemeinerten Form als subjektive, wissenschaftlich nicht haltbare Behauptung. Auch die vielbeschworenen schädlichen Folgen seien zumindest zum Teil nicht nachweisbar, zumal sie sich oft erst aus einer Strafandrohung ergäben. Vom naturrechtlichen Denken her ließe sich ein Verbot des vorehelichen Geschlechtsverkehrs ebensowenig begründen wie die Unauflöslichkeit der Ehe. Die traditionelle Ablehnung des vorehelichen Geschlechtsverkehrs sei wie das ideale Eheverständnis von christlichem Offenbarungswissen über die menschliche Würde geprägt und müsse vom Maß der Liebe her beurteilt werden. Bordellwesen und Ideologien des „reinen Sex“ seien daher von vornherein abzulehnen, da Lustbefriedigung ohne Liebe erstrebt werde. Es könne nicht einfach gesagt werden, daß jeder Verkehr ohne die Geborgenheit der Ehe Lieblosigkeit sein müsse. Sei nachweisbar, der Ehwille vorhanden, so könne diese Verbindung außerhalb des katholischen Bereichs sogar als wirkliche Ehe betrachtet werden. Auch vor der Ehe könne in liebender Begegnung eine weitreichende Integration der Sexualität in das personale Aufeinander erreicht werden. Helfen könne man den jungen Menschen, wenn man soziale Verhältnisse schaffen würde, die ihnen die Eheschließung zur rechten Zeit gestatten. (KNA-490)

Das Institut für soziale Kommunikationsmittel, eine Abteilung der Erzbischöflichen Kurie Medellín (Kolumbien), bereitet einen Referatszyklus zu Fragen der Geburtenkontrolle und Familienplanung vor. Er wird am 31. März beginnen und bis zum 28. April in verschiedenen Zentren des Erzbistums gehalten. Als Referent wurde unter anderen Alberto Lleras Camargo, kolumbianischer Staatspräsident von 1958 bis 1962, verpflichtet. Er spricht zum Thema „Das Problem der Bevölkerungsexplosion“.

Dr. Hernán Vergara, ein prominenter Gegner des von der Regierung unterstützten Programms der Familienplanung in Kolumbien, dessen Träger die Vereinigung der Medizinischen Fakultäten ist, wurde für das Thema „Medizinische Schwierigkeiten der Geburtenkontrolle“ gewonnen. Sein Gegenpart, Dr. Hernán Mendoza Hoyos, Leiter der Abteilung für Bevölkerungsfragen in der Vereinigung der Medizinischen Fakultät, wird in dem Referatszyklus über das Programm der Familienplanung in Kolumbien sprechen. Pater Gustavo Pérez, Direktor des Sozialen Forschungszentrums in Kolumbien, referiert zum „Soziologischen Aspekt der Bevölkerungsexplosion“.

(KNA – 67/III/153)

Als „durchaus möglich“ bezeichnete es der St. Pöltener Diözesanbischof Dr. Franz Zak im Verlauf öffentlicher Diskussionen mit Katholiken seiner Diözese, daß in Zukunft auch ältere verheiratete Männer, die in Beruf und

Stellung stehen, die Priesterweihe erhalten und sozusagen nebenamtlich in der Seelsorge eingesetzt werden können. Ein solches nebenamtliches Priestertum, das auch von den Frauen und Familien, denen der Mann und Vater dann weniger Zeit widmen könnte, besonderes Verständnis erfordere, liege jedoch noch in der Ferne. Zur Einführung von verheirateten Diakonen aber habe die Österreichische Bischofskonferenz bereits ein „Ja“ gesagt. Als derartige Diakone kämen Männer in Frage, die mindestens 40 Jahre alt sind, ein vorbildliches Familienleben führen und beim Wortgottesdienst, bei der Kommunionsspendung, bei der Eheschließung und in manchen anderen Funktionen den Priester vertreten könnten. Predigt, caritative Aufgaben usw. könnten ihnen ebenfalls übertragen werden. (KNA – 67/III/149)

Laienarbeit

„Wir bitten Euch, für den Papst zu beten, der dafür wiederum für Euch betet und Euch segnet“, rief Papst Paul VI. bei einer Generalaudienz, in der Benediktionsaula den zahlreichen Gläubigen zu. Paul VI. beschäftigte sich in dieser Ansprache mit dem „großartigen Auftrag“, der dem kirchlichen Lehramt anvertraut ist, und wies darauf hin, daß dieses das Gebet, den Gehorsam, das Gespräch und auch den Rat und das Vertrauen der Gläubigen braucht, wenn es richtig und zum Nutzen aller ausgeübt werden soll. (KNA – 67/II/220)

Nach einer Auskunft aus dem Vatikan ist noch nicht klar, welchen Status die neugeschaffenen Organe des Laienrates und der Studienkommission für Gerechtigkeit und Frieden innerhalb der römischen Kurie einnehmen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß diese beiden Organismen zunächst nur auf die Dauer von fünf Jahren „ad experimentum“ errichtet worden sind. Im Lauf dieser Zeit werde sich herausstellen, welchen Status sie künftig im Rahmen der reformierten Kurie einnehmen können.

Bis heute besteht die römische Kurie im strengeren Sinn aus Dikasterien oder Kongregationen, Tribunalen und Ämtern. Die beiden neugeschaffenen Organe fallen unter keinen dieser Sammelbegriffe. Streng genommen können sie auch nicht mit den bereits bestehenden Päpstlichen Kommissionen verglichen werden. Fest steht nur, daß sie autonom sind und von keinem anderen Organ des Heiligen Stuhls abhängen.

Mit der Ernennung der Australierin Rosemary Goldie zum Untersekretär des Laienrates wurde zum erstenmal einer Frau ein eigentliches Kurienamt übertragen. (KNA – 67/II/205)

Der Bischof von Aachen, Dr. Johannes Pohlschneider, hat in seinem Neujahrsbrief die Priester seines Bistums aufgerufen, die Laien mehr als bisher mit „ans Ruder“ zu lassen. Ein neues Kirchenverständnis bedinge ein neues Weltverständnis, nach dem Laien in der Kirche große Be-

deutung zukomme. Als Möglichkeit partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Priestern und Laien empfiehlt Bischof Pohlschneider im Sinne des Konzils vor allem die Pfarrausschüsse. Pohlschneider: Der moderne Gläubige wünsche nicht den Klerikalismus, der sich in der Vergangenheit zuweilen breitgemacht und dazu geführt habe, daß Laien in die Rolle „stummer Schafe“ geraten seien. Der Laie wolle heute in der Kirche als Partner ernstgenommen werden. Das an sich zutreffende Bild von der „Mutter Kirche“ sei für die Ohren mancher Laien heutzutage zum Ärgernis geworden, weil sie als selbständige, erwachsene Menschen keine „Kinder“ mehr seien und sich von der Kirche weder „bemuttern“ und „bevormunden“ oder „gängeln“ lassen wollten. Die Stimme des Laien solle gehört, sein Wort respektiert und seine Meinung beachtet werden, empfiehlt Bischof Pohlschneider den Priestern seines Bistums. „Das Erwachen der Kirche in den Seelen der Gläubigen ist eine ungeheure Chance für die Kirche“, schreibt er wörtlich, „es wäre töricht, diesen Prozeß zu hemmen; wir müssen ihn fördern“.

(KNA – 103)

Für jede Pfarrei sei es unumgänglich notwendig geworden, die Umwelt näher kennenzulernen, um die Arbeit in allen Bereichen der Seelsorge besser planen und bewältigen zu können, erklärte der Bischof von Eichstätt, Dr. Joseph Schröffer, in einer „Bischöflichen Weisung“ für die Jahresarbeit in seinem Bistum, die in der jüngsten Ausgabe der „Lebendigen Zelle“, der Zeitschrift der Katholischen Aktion in Bayern, veröffentlicht wurde.

Priester und Laien seiner Diözese forderte der Bischof auf, Ernst zu machen mit dem Auftrag der Kirche, „die ganze Menschheit mit all ihren Gütern unter dem einen Haupt Christus zusammenzufassen in der Einheit seines Geistes“, wie es in der Dogmatischen Konstitution „Über die Kirche“ laute. Nur wenn Priester und Laien zu gemeinsamen Werken zusammenfänden, könne den Absichten des Konzils gedient werden. Wörtlich erklärte der Bischof: „Ich halte es für vordringlich, daß alle Pfarreien im Laufe dieses Jahres eine ehrliche Überprüfung der eigenen Situation vornehmen.“ Die Erwachsenenbildung im Bistum Eichstätt soll nach den Worten von Bischof Schröffer durch die Errichtung eines „Referates für Erwachsenenbildung“ noch verstärkt werden.

(KNA – 67/1/76)

Auf ihrer Vollversammlung Mitte Februar in Bad Honnef befaßten sich die deutschen Bischöfe mit der institutionellen Neuordnung des Laienapostolates. Der Vorsitzende der Bischofskommission für Laienfragen, Bischof Hengsbach aus Essen, legte dazu Richtlinien und Empfehlungen vor, die zur Erprobung angenommen wurden. Auf ihrer Grundlage soll die oft verwirrende Vielfalt der Bezeichnungen, Organisationsformen und Strukturen des Laienapostolates in den einzelnen Diözesen zu einer sinnvollen Übereinstimmung gebracht werden. Auf allen Ebenen, angefangen von der Pfarrei bis zu Zusammenschlüssen auf überregionaler Ebene eines Landes sollen Räte des Laienapostolates gebildet werden, die folgende Aufgaben wahrnehmen sollen: Koordinierung aller Kräfte des Laienapostolates, Unterstützung gemein-

samer Unternehmungen der Katholiken, Vertretung der Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit. Ferner sollen sie die Arbeit aller Gruppen und Zusammenschlüsse des Laienapostolates inspirieren und so am Apostolat in Kirche und Welt mitwirken.

Der Vorschlag der Bischöfe beginnt mit den einheitlichen Bezeichnungen für die Laienräte auf den jeweiligen Ebenen: „Pfarrgemeinderäte“ in den Pfarreien, „Katholikenausschüsse“ auf den Ebenen des Dekanates, einer Stadt, eines Kreises oder eines Bezirks, „Diözesanrat“ auf der Ebene der Diözese und „Arbeitsgemeinschaft der Diözesanräte der Katholiken“ in einem Bundesland.

Die Pfarrgemeinderäte setzen sich zusammen aus gewählten Vertretern der Katholiken einer Gemeinde, aus Delegierten der kirchlich anerkannten Gruppen und Vereine, sowie aus Persönlichkeiten, die vom Pfarrer berufen werden. Die Ausschüsse der jeweils höheren Ebene setzen sich aus Delegierten der nächstniederen Ebene, aus Vertretern der katholischen Organisationen des jeweiligen Bereichs und aus berufenen Persönlichkeiten zusammen. Alle diese Räte des Laienapostolates wählen einen Laien als Vorsitzenden. Der beauftragte Vertreter des kirchlichen Amtes nimmt an allen Sitzungen dieser Räte und ihrer Organe teil.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Leiter der Seelsorgeämter und im Einvernehmen mit der Bischöflichen Kommission für Laienfragen Mustersatzungen und Wahlordnungen für alle Räte des Laienapostolates zu erarbeiten. Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz verabschiedete weiterhin Richtlinien für die Aufgabenstellung, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Priesterrates und des Seelsorgerates in den Diözesen. Diese Richtlinien werden zunächst auf die Dauer von fünf Jahren zur Erprobung empfohlen. Beide Gremien, die entsprechend den Konzilsbeschlüssen eingerichtet werden sollen, dienen der Beratung des Bischofs in allen Seelsorgefragen eines Bistums. Der Priesterrat soll aus allen Gruppen der Diözesanpriester gebildet werden. Zwei Drittel der Mitglieder sollen dem Bischof durch Wahl vorgeschlagen werden, während das restliche Drittel der Mitglieder durch den Bischof frei berufen werden kann. Im Seelsorgerat einer Diözese sollen sowohl Priester wie Laien – Männer und Frauen – vertreten sein. Auch in dieses Gremium sollen zwei Drittel der Mitglieder durch Wahl delegiert werden, und zwar die geistlichen Mitglieder durch die Wahl des Priesterrates, die Laienvertreter durch die Wahl des jeweiligen Diözesanausschusses der Katholiken. (KNA – 435)

Die Diskussion um die Neuorientierung des Katholischen Laienapostolates nach dem Konzil und um die Meinungsfreiheit in der Kirche geht weiter. In der Sendung „Zur Orientierung – Christentum in dieser Zeit“ im Zweiten Hörfunkprogramm des Norddeutschen Rundfunks haben der bekannte Theologe Prof. Dr. Karl Rahner SJ, München, und der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Friedrich Kronenberg, Bad Godesberg, ihre Standpunkte dargelegt.

Der NDR hatte sich zu dieser Sendung entschlossen, nachdem Prof. Rahner Kritik an Organisation und Zusammensetzung des Zentralkomitees geübt hatte und Dr. Kronenberg diese Kritik gegenüber der Presse als ungerechtfertigt zurückgewiesen hatte. Karl Rahner hatte in seiner Stellungnahme kritisch gefragt, ob das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in genügender Weise eine Vertretung der Laien nach außen und innen darstelle und hatte in diesem Zusammenhang auch das freie Wort der Katholiken innerhalb der Kirche gefordert. Der Generalsekretär des Zentralkomitees hatte daraufhin zu den Forderungen Karl Rahners erklärt, sie träfen ins Leere, da seit einiger Zeit eine Umstrukturierung des Zentralkomitees im Gange sei.

In der neuerlichen Rundfunksendung unter der Gesprächsleitung von Prof. Riebartsch, Hildesheim, betonte Prof. Rahner einleitend, er halte fest an seiner Meinung, daß das Zentralkomitee nicht so gebildet sei, um wirklich die von unten her entstandene Repräsentanz der deutschen Laienschaft darstellen zu können. Selbst wenn, wie Dr. Kronenberg dargelegt hatte, die Mehrzahl der Mitglieder des Zentralkomitees Laien sind, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß der größte Teil dieser Mitglieder – die Vertreter der Bischöflichen Hauptarbeitsstellen und der Diözesen – von den Bischöfen delegiert ist. Darüber hinaus scheine ihm, daß auch durch die Vertreter der zentralen Verbände keine eigentliche von der Amtskirche her unabhängig gewählte Repräsentanz der Katholiken gegeben sei. Daran schloß sich seine Frage an, ob nicht in der nachkonziliaren Zeit der deutsche Katholizismus in seiner Laienschaft eindeutig und klar zu Worte kommen sollte.

Die Vertreter der Verbände seien eindeutig von unten herauf gewählt und stellten eine „saubere Repräsentation“ dar, erwiderte Dr. Kronenberg; bei den Bistumsvertretern sei es im Augenblick tatsächlich noch so, daß sie vom Bischof ernannt würden. Das sei darauf zurückzuführen, daß noch nicht in allen Bistümern die notwendige Infrastruktur gegeben sei, um durch Wahlakte von unten heraus die Bistumsvertreter ins Zentralkomitee delegieren zu können. Doch werde diese Vertretung von unten herauf in den nächsten zwei Jahren durchgeführt werden.

Zum Thema der freien Meinungsäußerung in der katholischen Kirche, nannte Prof. Rahner die zwei Grenzen des innerkirchlichen Dialogs, die prinzipiell nicht überschritten werden sollten: einmal der „Gehorsam gegenüber der kirchlichen Hierarchie in der Weise und in den Grenzen, wie das nach katholischem Kirchenverständnis gefordert ist“ und „der absolute und indisputable Glaube an die geoffenbarte Lehre, die die Kirche verkündet“.

Doch habe er in der Praxis die Erfahrung gemacht, daß die Forderung nach dem freien Wort in der Kirche nicht als Selbstverständlichkeit erscheine. Prof. Rahner erinnerte an die Homogenität, die der deutsche Katholizismus bis nach dem Zweiten Weltkrieg in gesellschaftlichen und politischen Fragen bezogen hat. Seiner Ansicht nach müsse das Zentralkomitee als Vertretung der deutschen Katholiken in einer pluralistischen Gesellschaft einer größeren Freiheit des Wortes einen effektiven Raum geben.

Dr. Kronenberg bemerkte dazu, das Zentralkomitee akzeptiere eine Pluralität im deutschen Katholizismus; es könne nur leicht mißverstanden werden,

wenn es sich um eine Koordinierung der Meinungen bemühe. Als Beispiel für die sich wandelnde Struktur des Zentralkomitees nannte Kronenberg die von der Deutschen Bischofskonferenz beschlossene katholische Wochenzeitung, zu der das Zentralkomitee seine Vorschläge gemacht habe. „Ich meine, daß das ein gutes Beispiel dafür ist, daß wir nach neuen Wegen suchen, um dieses freie Wort in Deutschland zu verwirklichen.“

„Die Zukunft wird uns zeigen müssen, was aus der neuen Satzung des Zentralkomitees werden wird, wieweit eine echte Laienvertretung de facto geschehen wird. Die Zukunft wird erweisen müssen, ob nach dem Konzil eine annähernd so große Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik unter den deutschen Katholiken gelten wird, wie die Bischöfe sie auf dem Konzil für sich in Anspruch genommen haben“, erklärte abschließend Gesprächsleiter Prof. Riebartsch.

(KNA — 67/III/90)

Größere Handlungsfreiheit wird die spanische Katholische Aktion in Zukunft haben. Wie aus einer Erklärung der Spanischen Bischofskonferenz, die in der vergangenen Woche Fragen des Laienapostolats beriet, hervorgeht, werden die Leiter der KA in Zukunft nach demokratischen Verfahren gewählt. Die Aktion hat außerdem jetzt auch die Zustimmung der Bischöfe, sich mit weltlichen Fragen zu befassen. Über diese beiden Punkte war es im vergangenen Jahr zu Streitigkeiten zwischen der KA und dem Bischof von Madrid, Morcillo, und der von ihm geleiteten Bischofskommission für das Laienapostolat gekommen.

Die Leiter der KA sollten ursprünglich an der Bischofskonferenz in der vergangenen Woche teilnehmen, waren dann aber wieder ausgeladen worden. Wie Korrespondenten berichten, ist die jetzt veröffentlichte Erklärung der Bischöfe mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. In der Erklärung wird unter anderem festgelegt, daß die Katholische Aktion in enger Verbindung mit den zuständigen Bischöfen arbeiten soll. Alle Aktivitäten auf nationaler Ebene sind einer zentralen Organisation, der „Junta Nacional“, unterstellt. Unter den Laien befürchtet man vor allem, daß diese Junta nicht abgewählt werden kann. Befürchtungen hat man auch wegen der jetzt eingesetzten „Redaktions-Räte“, denen die Redaktionen der diözesanen Publikationen verantwortlich sind.

(KNA — 67/III/130)

Dankbriefe

P. Clemens Etgeton, M. S. F.
Provinzial
Passo Fundo

Grüß Gott. — Wir vier reichsdeutschen Patres hier im Provinzialate waren wirklich ganz erstaunt, daß man uns plötzlich unerwartet den Rheinischen Merkur zuschickte. Es war uns ein verspätetes Weihnachtsgeschenk, das uns natürlich sehr willkommen und ein Gruß aus der alten, deutschen Heimat war und sehr willkommen geheißen wurde.

Nun erhielten wir von der Vertriebsabteilung die Nachricht, daß der Merkur uns das ganze Jahr zugesandt werden würde, als Patenschaft der Königssteiner Offiziere durch Ihre gütige Vermittlung und Anregung.

Darum Ihnen und allen freudigen Spendern der deutschen Heimat hier meinen und unserer deutschen Patres aufrichtigen und allerherzlichsten Dank. Diese Aufmerksamkeit unserer deutschen Landsleute ist für uns Missionare, die wir hier lange Jahre nicht nur das Gottesreich, sondern auch für Kultur und Wissenschaft kämpfen, Immer wieder ein Ansporn, treu und ganz unsre harte Pflicht zu erfüllen. Also allen ein herzliches: Vergelt's Gott. —

Pe. Aloisio Weber, MSF.
Passo Fundo
Brasil

Schon seit langer Zeit war mir die Mitteilung zugegangen, daß Sie mir ein Jahresabonnement des RHEINISCHEN MERKUR gestiftet hätten. Ich wollte nicht sofort antworten, sondern mir erst die Wochenzeitung gründlich ansehen. Sie ist inzwischen schon einige Male erschienen. Da sie mit gewöhnlicher Post kommt, vergehen einige Wochen bis zu Ihrer Ankunft. Aber das beeinträchtigt ihren Wert nicht, denn sie ist ja keine Tageszeitung im eigentlichen Sinne. Ihre Lesung bereitet mir jedesmal eine große Freude, denn so bleibt man in Kontakt mit dem politischen und sozialen Geschehen unseres Vaterlandes.

Ganz aufrichtig danke ich für die so wertvolle Spende. Sie bereitet nicht nur mir Freude. Außer mir unterrichtet noch ein weiterer deutscher Pater am hiesigen Seminar. Und ein schon älterer Priester — Holländer — der nicht mehr arbeiten kann, freut sich ebenfalls über gute Lektüre. Zudem sind weitere drei Deutschbrasilianer hier angestellt. Sie haben in Rom studiert und ihre Ferien jedesmal im Lande ihrer Vorfahren verbracht. Sie lesen perfekt Deutsch und interessieren sich ebenfalls. Wie Sie sehen, findet die Zeitung Interessierte Leser.

Zudem ist der Inhalt von Bedeutung. Er bildet eine Einführung in manche Fragen der Gegenwart, die nicht nur europäische Geltung besitzen. So weitet die Lesung wirklich den geistigen Horizont. Wir sind in Brasilien zwar nicht sehr rückständig — wenigstens hier in Südbrasilien nicht — aber wir stehen auch noch lange nicht auf der Höhe anderer Länder. Das eigentliche brasilianische Hinterland ist noch fast ganz unerschlossen. Hier aber in Rio Grande do Sul ist die Kultur schon vor Jahrhunderten besonders durch die Jesuitenmissionare vermittelt worden. Die berühmten Indianerreduktionen von Paraguay haben sich nämlich auch auf das Gebiet von Rio Grande ausgehnt.

Also nochmals besten Dank für Ihre gütige Spende.

Bücher

„Als wär's ein Stück von mir“, von Carl Zuckmayer; S. Fischer Verlag; 25,- DM; 573 Seiten.

Einmal in einer Bestseller-Liste an erster Stelle zu stehen, kann ein Zufall sein und jedem Buch geschehen. Wenn aber ein Werk monatelang die Bestseller-Liste anführt, dann muß etwas besonderes mit ihm los sein.

Dieses Buch hat das besondere, daß es jedem, der die vergangenen 30–40 Jahre bewußt erlebt hat, ein Stück seiner selbst darstellt. Carl Zuckmayer hat in seinem nunmehr über 70jährigen Leben uns schon viele packende und mitreißende Schauspiele geschenkt. Hinzu kommt, daß er mit seinen Stücken immer dann auf den Plan trat, wenn man nach ihnen verlangte. Man denke nur an die ersten Aufführungen „Des Teufels General“. Dieses Buch bringt aber noch mehr. In einer kräftigen und malerischen Sprache, die so richtig zu dem urwüchsigen, heimatverbundenen und temperamentvollen Sproß des Rheinlandes paßt, weiß er sein eigenes Erleben allgemein gültig darzustellen. Man erlebt die Ängste und Nöte in der Zeit des sogenannten 3. Reiches, man ist Zaungast bei den Gesinnungs- und Richtungskämpfen der zwanziger Jahre und man erlebt rauschende Feste, die nur aus ihrer Zeit heraus zu verstehen sind, am Rande mit.

Der Leser ist bekümmert mit dem Dichter, der fern der Heimat in Amerika der Entwurzelung, dem Schicksal vieler Emigranten dadurch zu entgehen trachtet, daß er sich eine neue Scholle zu erarbeiten sucht. Aber man erlebt auch Freude in diesem Buch, vom Schmunzeln bis zum hellen Lachen. Immer wieder wärmt die Menschlichkeit, die der Dichter als verklärenden Schein über die Szene gießt oder als Scherz und auch als Satire im düsteren Ernst aufblitzen läßt. Gerne verzeiht man dann die kleine Schwäche, daß in der Schilderung der geschichtlichen Hintergründe manches etwas zu einfach und klischeehaft dargestellt wird. So ist das Lesen dieses Werkes ein ungetrübter Genuß, der oftmals die Nacht kurz werden läßt.

H. Fettweis

Herausgeber: Königsteiner Offizierkreise in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Militär-
bischofsamt, Bonn.

Redaktion: Helmut Fettweis (Major).

Zuschriften: Helmut Fettweis, über Katholisches Militärbischofsamt, Bonn, Koblenzer
Straße 117 a.

Druck und graphische Gestaltung: Buch- und Verlagsdruckerei Ludwig Leopold, Bonn, Fried-
richstraße 1.

Bilder: KNA.

